



Standard-Eurobarometer 95
Frühjahr 2021

Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union

Erste Ergebnisse

Befragung: Juni–Juli 2021



Dieses Dokument gibt nicht die Ansichten der Europäischen Kommission wieder. Die darin enthaltenen Interpretationen und Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

Projekttitlel	Standard-Eurobarometer 95 – Frühjahr 2021 Bericht – Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Erste Ergebnisse
Sprache	DE
Katalognummer	NA-AO-21-011-DE-N
ISBN	978-92-76-40693-8
ISSN	1977-3927 10.2775/526151

© Europäische Union, 2021

<https://www.europa.eu/eurobarometer>

Bildquelle: Getty Images



INHALT

EINLEITUNG	4
I. DIE EUROPÄER UND DIE POLITISCHEN INSTITUTIONEN	9
1. Vertrauen in nationale Regierungen und Parlamente sowie in die Europäische Union	10
2. Vertrauen in die Europäische Union: nationale Ergebnisse und Entwicklungen	11
3. Das Bild der Europäischen Union	13
4. Das Bild der Europäischen Union: Entwicklungen und nationale Ergebnisse	14
5. Die Zukunft der Europäischen Union	15
6. Die Zukunft der Europäischen Union: nationale Ergebnisse und Entwicklungen	16
II. DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE	17
1. Die gegenwärtige Lage der nationalen Wirtschaft: Trend, nationale Ergebnisse und Entwicklung	18
2. Befürwortung des Euro: Trend und nationale Ergebnisse	20
III. DIE DRINGLICHSTEN SORGEN DER EUROPÄER	22
1. Die dringlichsten Sorgen auf europäischer Ebene: Trend	23
2. Die dringlichsten Sorgen auf europäischer Ebene: nationale Ergebnisse	24
3. Die dringlichsten Sorgen auf nationaler Ebene: Trend	26
4. Die dringlichsten Sorgen auf nationaler Ebene: nationale Ergebnisse	27
IV. EUROPÄISCHE BÜRGERSCHAFT	29
1. Das Gefühl, Bürger der Europäischen Union zu sein: nationale Ergebnisse	30
V. DIE EU UND DIE CORONAVIRUS-PANDEMIE / EINSTELLUNGEN ZUR IMPFUNG GEGEN COVID-19	31
1. Zufriedenheit mit den Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise: Trend und nationale Ergebnisse	32
2. Vertrauen in die EU, künftig die richtigen Entscheidungen zu treffen: Trend und nationale Ergebnisse	35
3. Wirtschaftliche Folgen: Trend und nationale Ergebnisse	36
4. Der EU-Aufbauplan „NextGenerationEU“: nationale Ergebnisse	38
5. Persönliche Erfahrungen mit der Coronavirus-Pandemie: Trend und nationale Ergebnisse	39
6. Interesse an einer Impfung gegen Covid-19: nationale Ergebnisse	41
SCHLUSSFOLGERUNG	42
Technische Spezifikationen	

EINLEITUNG



Standard-Eurobarometer 95 Frühjahr 2021

Im vorliegenden Bericht – *Erste Ergebnisse* – werden die ersten Ergebnisse der Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2021 (EB95) für die 27 Mitgliedstaaten der EU vorgestellt.¹ Dieser Bericht wird zusammen mit den Ergebnissen der Standard-Eurobarometer-Fragen veröffentlicht, die im Anhang aufgeführt sind. Die Befragungen wurden zwischen dem 14. Juni und dem 12. Juli 2021 durchgeführt.²

Die Coronavirus-Pandemie

Die Phase zwischen dem vorangegangenen Standard-Eurobarometer (EB94, Winter 2020/2021, Feb.–Mrz. 2021) und den Befragungen des aktuellen Standard-Eurobarometer vom Frühjahr 2021 (Befragungszeitraum von Juni bis Juli) war zu Beginn von einem 10-wöchigen Rückgang der Neuinfektionen mit dem Coronavirus gekennzeichnet. Dieser Rückgang wurde durch die Ausbreitung der Delta-Variante mit steigenden Fallzahlen gestoppt. Einige Beobachter sprechen von einer vierten Welle der Pandemie. Die Delta-Variante, auch „indische Variante“³ genannt, wurde Meldungen zufolge am 20. Juli in 124 Ländern nachgewiesen. In vielen Ländern, darunter Australien, China, Indien, Israel, die Russische Föderation, Südafrika und das Vereinigte Königreich, war diese Variante zwischen Monatsbeginn und dem 20. Juli für mehr als 75% aller Neuinfektionen verantwortlich.⁴ Laut Europäischem Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten macht die Delta-Variante bei den Infektionen einen Anteil von 70% aus und ist damit aktuell die dominierende Variante in Europa.⁵

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) gab am 22. Juli bekannt, dass in der EU mehr als 33,9 Millionen Corona-Fälle gemeldet wurden. Die höchsten Fallzahlen wurden aus Frankreich (5.867.730), Italien (4.287.458), Spanien (4.161.850) und Deutschland (3.745.227) gemeldet. Weltweit wurden mehr als 191,1 Millionen Fälle verzeichnet.⁶ Darüber hinaus wurden bis zu diesem Datum mehr als 742.800 Todesfälle in der EU und beinahe 4,1 Millionen Todesfälle weltweit gemeldet.

¹ Einige der Fragen wurden zwischen dem 14. Juni und dem 15. Juli 2021 auch in 12 weiteren Ländern und Gebieten gestellt, und zwar in Albanien, in Bosnien und Herzegowina, in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft in dem Teil des Landes, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird, in Island, im Kosovo (diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244/99 des UN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo), in Montenegro, in Nordmazedonien, in Norwegen, in Serbien, in der Schweiz, in der Türkei und im Vereinigten Königreich.

² Hierbei ist zu beachten, dass der zeitliche Abstand zwischen diesem Bericht und dem vorherigen Standard-Eurobarometer (EB94) etwa vier Monate beträgt und damit kürzer als der übliche Abstand zwischen zwei Standard-Eurobarometer-Umfragen ist. Grund hierfür war eine Verschiebung der Befragungen vom Herbst 2020 auf den Winter 2020/2021 aufgrund der Coronavirus-Pandemie. Die Befragungen für das Eurobarometer 94 wurden

Impfkampagne

Am 1. Juli trat die Verordnung über das digitale COVID-Zertifikat der EU in Kraft, die es Bürgern und Einwohnern der EU ermöglicht, sich digitale COVID-Zertifikate ausstellen zu lassen und diese EU-weit bei Bedarf vorzuzeigen.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gab am 11. Juli bekannt, dass die EU die Mitgliedstaaten mit genügend Impfstoffen versorgt hat, um mindestens 70% der Erwachsenen in der EU vollständig zu impfen. Bis zum 12. Juli waren in der EU 500 Millionen Impfdosen ausgeliefert und 404,4 Millionen Impfdosen verabreicht worden, sodass 65,2% der erwachsenen Bevölkerung mindestens eine Impfdosis erhalten hatten.⁷

Die Europäische Kommission hatte sich im August 2021 bis zu 4,6 Milliarden Dosen an COVID-19-Impfstoffen gesichert und führte Verhandlungen über die Lieferung weiterer Dosen.

Bis zum 11. August 2021 waren in der EU 587,5 Millionen Impfdosen ausgeliefert und 489,7 Millionen Impfdosen verabreicht worden, sodass 73,9% der erwachsenen Bevölkerung in der EU mindestens eine Impfdosis erhalten hatten.

Die Wirtschaft

Die Coronavirus-Pandemie hat weiterhin erhebliche Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft. Gleichwohl haben der Rückgang der Fallzahlen in der ersten Jahreshälfte 2021 sowie die Lockerung der Maßnahmen zur Eindämmung des Virus und die Aufhebung von Lockdowns eine teilweise Erholung begünstigt. Die Wirtschaftsprognose vom Sommer 2021 geht für 2021 von einem BIP-Wachstum von 4,8% sowohl in der EU als auch im Euroraum aus. Dies stellt eine Verbesserung gegenüber dem starken Rückgang im Jahr 2020 dar (-6,5% im Euroraum und -6,0% in der EU als Ganzes).⁸

Die Arbeitslosenquote ging 2021 zurück und sank von 7,4% im April 2021 auf 7,3% im Mai 2021. Allerdings lag diese höher als im Mai 2020, als die Arbeitslosenquote 6,9% betrug. Im Euroraum lag die Arbeitslosenquote im Mai 2021 bei 7,9% und damit unter der Arbeitslosenquote von 8,1% im April 2021, aber über der Arbeitslosenquote von 7,5% im Mai 2020.⁹

Ereignisse in der EU seit der Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Winter 2020/2021:

in den 27 EU-Mitgliedstaaten zwischen dem 12. Februar und dem 11. März 2021 durchgeführt.

³ <https://www.who.int/en/activities/tracking-SARS-CoV-2-variants/>

⁴ <https://www.who.int/publications/m/item/weekly-epidemiological-update-on-covid-19---20-july-2021>

⁵ <https://covid19-country-overviews.ecdc.europa.eu/>

⁶ <https://www.ecdc.europa.eu/en/covid-19/situation-updates>

⁷ https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/coronavirus-response/safe-covid-19-vaccines-europeans_de

⁸ https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-performance-and-forecasts/economic-forecasts/summer-2021-economic-forecast_de

⁹ <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/11563151/3-01072021-AP-EN.pdf/a99763ae-8bcf-33cb-0be8-adb9943cb9ca?t=1625127399537>

Standard-Eurobarometer 95 Frühjahr 2021

- Die mehrsprachige digitale Plattform für die **Konferenz zur Zukunft Europas** wurde am 19. April online geschaltet. Die Auftaktveranstaltung fand am 9. Mai 2021 statt, nachdem es zuvor aufgrund der Coronavirus-Pandemie zu einer Verzögerung gekommen war. Die Konferenz ist ein gemeinsames Projekt des Europäischen Parlaments, des Rates der Europäischen Union und der Europäischen Kommission und unterstützt die Umsetzung der von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer politischen Agenda formulierten Ziele „der Stärkung der Demokratie und der Verteidigung der europäischen Werte“.¹⁰ Die Konferenz bietet europäischen Bürgern die Gelegenheit, mitzuteilen, welche Zukunft sie sich für die Europäische Union wünschen.¹¹
- Am 15. Juni führte die Europäische Kommission ihre erste Transaktion zur Finanzierung der Erholung Europas von der Corona-Krise im Rahmen von **NextGenerationEU** durch. NextGenerationEU ist ein Aufbauinstrument mit einem Volumen von rund 800 Milliarden Euro zu jeweiligen Preisen, mit dem die Erholung Europas von der Coronavirus-Pandemie unterstützt und gleichzeitig ein Beitrag zum Aufbau eines grüneren, digitaleren und widerstandsfähigeren Europa geleistet werden soll. Die Transaktion vom Juni ist die größte bisher erfolgte institutionelle Anleiheemission in Europa, die bisher größte Transaktion, die von einer Institution in einer Tranche getätigt wurde, und die höchste Summe, die die EU jemals mit einer einzigen Transaktion mobilisiert hat. Die Kommission erwartet, bis Ende 2021 rund 80 Milliarden Euro in Form von langfristigen Anleihen (EU-Bonds) aufzubringen. Diese sollen, wie in dem im Juni 2021 veröffentlichten Finanzierungsplan dargelegt, durch kurzfristige Anleihen (EU-Bills) ergänzt werden.¹²
- Die Europäische Kommission verabschiedete am 14. Juli ein **Paket mit Vorschlägen** für eine neue EU-Politik in den Bereichen Klima, Energie, Flächennutzung, Verkehr und Steuern, um die Netto-Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55% gegenüber 1990 zu senken.¹³ Diese bieten die Rechtsinstrumente, um die im **Europäischen Klimagesetz** verankerten Ziele zu erreichen und den **Neuen Grünen Deal**¹⁴ Realität werden zu lassen.

die höchsten Stimmanteile, wenngleich beide Parteien weniger Stimmen auf sich vereinen konnten als 2016.

Landtagswahl in Deutschland und Regionalwahlen in Frankreich.

- Die Christlich Demokratische Union (CDU) gewann die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt mit 37,1% der Stimmen und konnte ihren Stimmanteil gegenüber 2016 ausbauen.
- Die Regionalwahlen in Frankreich waren von einer sehr geringen Wahlbeteiligung gekennzeichnet (34,69% im zweiten Wahlgang).

Andere nennenswerte Ereignisse seit der Umfrage vom Winter 2020/2021:

- **Auswirkungen des Klimawandels:** Im nordwestlichen Pazifik setzte Ende Juni eine bisher nie dagewesene Hitzewelle ein, bei der innerhalb einer Woche mehrere Male Hitzerekorde gebrochen wurden. Im Juni und Juli waren große Teile der Westküste der USA und Kanadas von extremer Hitze, Dürre und massiven Waldbränden betroffen. Tropen- und Wirbelstürme führten in Indonesien und Osttimor (April), in Indien (Mai) sowie auf Kuba (Juli) zu Überschwemmungen, Sachschäden und Toten. Kurz nach Beendigung der Befragungen (um den 15. Juli) kam es in Deutschland (in Teilen von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen) sowie in Belgien (in der Region Lüttich) zu schweren Überschwemmungen, bei denen 184 bzw. 42 Menschen ums Leben kamen.
- Am 23. Mai wurde ein Flugzeug der Fluggesellschaft Ryanair, das auf dem Weg von Athen nach Vilnius war und den **belarussischen Oppositionsaktivisten und Journalisten Roman Protasevich** und dessen Freundin an Bord hatte, in Belarus zur Landung gezwungen. Beide wurden aus dem Flugzeug geholt und verhaftet. Dies führte zu internationalen Protesten.
- **Der niederländische Kriminalreporter Peter R. de Vries** wurde am 6. Juli in Amsterdam auf offener Straße niedergeschossen und verstarb am 15. Juli im Krankenhaus.

Wahlen in der EU seit der Umfrage vom Winter 2020/2021:

In dieser Zeit gab es wichtige Wahlen in Bulgarien und auf Zypern.

- **In Bulgarien** fanden am 4. April **Parlamentswahlen** statt. Allerdings gelang es keiner Partei, eine Regierung zu bilden. Deshalb wurden am 11. Juli Neuwahlen abgehalten, bei denen die Anti-Establishment-Partei namens „Es gibt ein solches Volk“ von Slawi Trifonow die GERB-geführte Koalition des ehemaligen Ministerpräsidenten Boyko Borisov knapp besiegte. Trifonow hat angekündigt, dass er versuchen wird, ein Kabinett zu bilden.¹⁵
- Die **Parlamentswahl auf Zypern** fand am 30. Mai statt. Dabei gewannen die Demokratische Sammlung (DISY) (27,8%) und die Fortschrittliche Partei des arbeitenden Volkes (AKEL) (22,3%)

¹⁰ https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/political-guidelines-next-commission_en_0.pdf

¹¹ <https://futureu.europa.eu/pages/about>

¹² https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_2982

¹³ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_3541

¹⁴ https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de

¹⁵ Die Gespräche zur Bildung eines Kabinetts waren zum Ende des Befragungszeitraums nicht abgeschlossen und es wurde die Möglichkeit von Neuwahlen erwähnt.

Terroristische Angriffe:

- Am 23. April wurde eine französische Polizistin auf einem Polizeirevier in Rambouillet nahe Paris von einem mutmaßlichen islamistischen Extremisten getötet.
- Am 25. Juni wurden drei Frauen in einem Geschäft in Würzburg, Bayern (Deutschland), von einem somalischen Mann getötet. Die Staatsanwaltschaft München ließ verlauten, dass ein islamistisches Motiv „wahrscheinlich“ sei.

Standard-Eurobarometer 95 Frühjahr 2021

Bei dieser Umfrage angewandte Methodik

In einigen Ländern waren aufgrund der durch die Coronavirus-Pandemie verursachten Situation **alternative Interviewmethoden** erforderlich.

Soweit dies möglich war, entsprach die angewandte Methodik dem Vorgehen bei den Standard-Eurobarometer-Umfragen, die von der Generaldirektion Kommunikation (Referat „Medienspiegel und Eurobarometer“) durchgeführt werden.¹⁶¹⁷

Die Teilnehmer wurden entsprechend der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)¹⁸ gefragt, ob sie zustimmen, Fragen zu Themen zu beantworten, die als sensibel angesehen werden könnten, oder nicht.

Hinweis: Dieser Bericht verwendet die offiziellen Abkürzungen für die einzelnen EU-Länder. Die Bedeutungen der in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen lauten wie folgt:

Belgien	BE	Litauen	LT
Bulgarien	BG	Luxemburg	LU
Tschechien	CZ	Ungarn	HU
Dänemark	DK	Malta	MT
Deutschland	DE	Niederlande	NL
Estland	EE	Österreich	AT
Irland	IE	Polen	PL
Griechenland	EL	Portugal	PT
Spanien	ES	Rumänien	RO
Frankreich	FR	Slowenien	SI
Kroatien	HR	Slowakei	SK
Italien	IT	Finnland	FI
Republik Zypern	CY *	Schweden	SE
Lettland	LV		

Europäische Union – gewichteter Durchschnitt für die 27 Mitgliedstaaten	EU27
BE, FR, IT, LU, DE, AT, ES, PT, IE, NL, FI, EL, EE, SI, CY, MT, SK, LV, LT	Euroraum
BG, CZ, DK, HR, HU, PL, RO, SE	Nicht-Euroraum

* Zypern als Ganzes ist einer der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Der „Acquis Communautaire“ (gemeinschaftlicher Besitzstand) ist jedoch in dem Landesteil aufgehoben, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird. Aus praktischen Gründen werden daher nur die Interviews, die im von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil durchgeführt wurden, in der Kategorie

„CY“ ausgewiesen und für den Durchschnitt der EU27 berücksichtigt.

Wir möchten den Menschen in der gesamten Europäischen Union danken, die sich die Zeit genommen haben, an dieser Umfrage teilzunehmen. Ohne ihre aktive Mitarbeit wäre diese Studie nicht möglich gewesen.

¹⁶ <https://www.europa.eu/eurobarometer>

¹⁷ Die Ergebnistabellen befinden sich im Anhang. Es ist zu beachten, dass die Summe der in diesem Bericht angegebenen Prozentsätze mehr als

100% betragen kann, wenn der Befragte bei einer Frage mehrere Antworten wählen konnte.

¹⁸ 2016/679

I. DIE EUROPÄER UND DIE POLITISCHEN INSTITUTIONEN



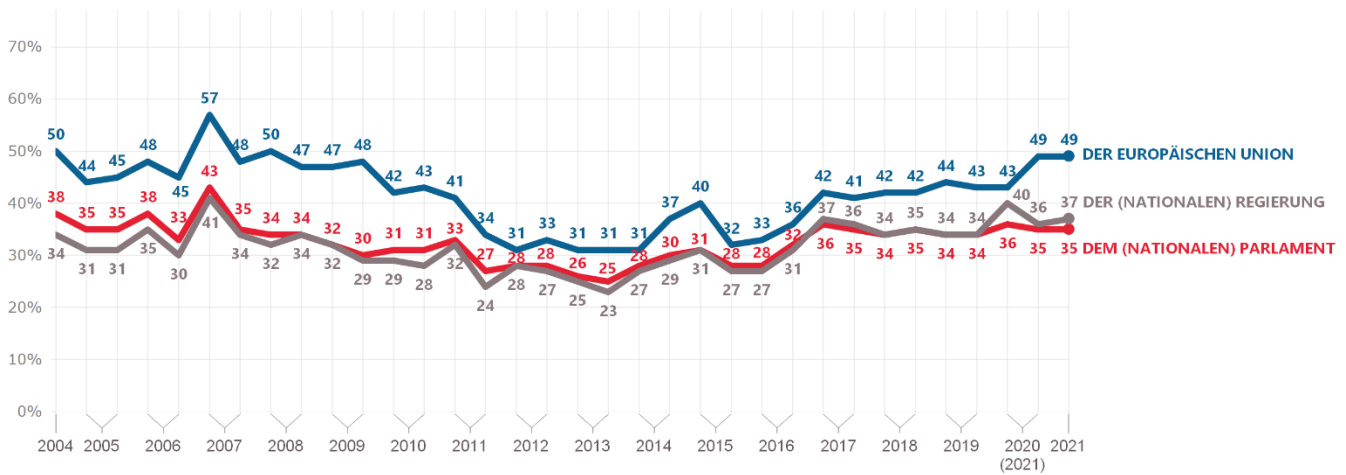
1. Vertrauen in nationale Regierungen und Parlamente sowie in die Europäische Union

Beinahe die Hälfte aller Europäer hat Vertrauen in die Europäische Union (49%). Dieser Wert ist identisch mit dem des Standard-Eurobarometer EB94 vom Winter 2020/2021. Damit ist das Vertrauen in die Europäische Union weiterhin auf dem höchsten Stand seit Frühjahr 2008. Das Vertrauen in die nationalen Regierungen ist leicht gestiegen (37%, +1 Prozentpunkt seit Winter 2020/2021), wohingegen sich das Vertrauen in die nationalen Parlamente nicht verändert (35%, =) hat.

Das Vertrauen in die EU ist nach wie vor deutlich größer als das Vertrauen in die nationalen Regierungen. Die Differenz zwischen dem Vertrauen in die EU und dem Vertrauen in die nationalen Regierungen hat gegenüber der Umfrage vom Winter 2020/2021 einen Prozentpunkt abgenommen und beträgt aktuell 12 Prozentpunkte. Dennoch ist dies der zweitgrößte Differenzwert seit Herbst 2010. Damals betrug die Differenz 15 Prozentpunkte.

Das Misstrauen in die Europäische Union ist leicht zurückgegangen (42% „Eher nicht vertrauen“, -1 Prozentpunkt seit Winter 2020/2021). Gleiches gilt für das Misstrauen in die nationalen Regierungen (59%, -1) und die nationalen Parlamente (59%, -1).

QA6a Wie viel Vertrauen haben Sie in bestimmte Institutionen? Geben Sie bitte für die folgenden Institutionen an, ob Sie diesen eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit ...?
(% - EU - EHER VERTRAUEN)



2. Vertrauen in die Europäische Union: nationale Ergebnisse und Entwicklungen

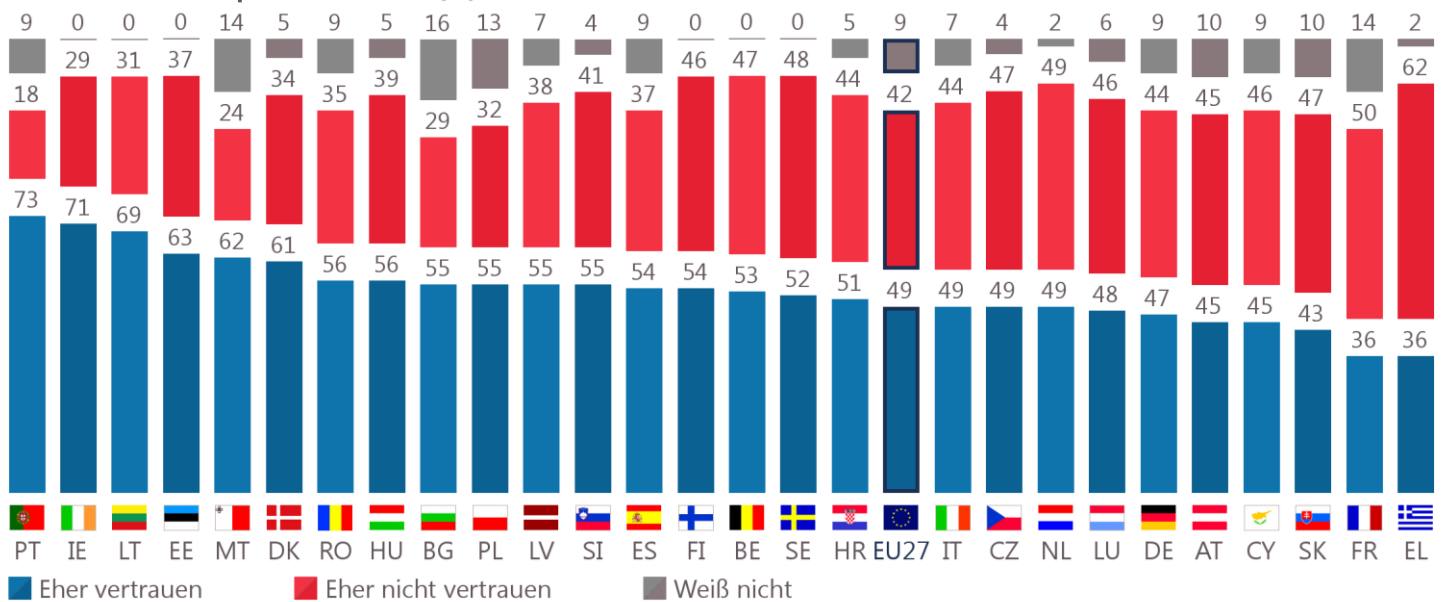
Eine Mehrheit der Befragten in 21 EU-Mitgliedstaaten hat nach eigenen Angaben Vertrauen in die EU (Anstieg gegenüber 20 im Winter 2020/2021). Die höchsten Anteile sind in Portugal (73%), Irland (71%) und Litauen (69%) zu verzeichnen. In Estland (63%), auf Malta (62%) und in Dänemark (61%) vertrauen mehr als sechs von zehn Befragten der EU. Gleiches gilt für mindestens die Hälfte der Befragten in Ungarn, Rumänien (jeweils 56%), Bulgarien, Lettland, Polen, Slowenien (jeweils 55%), Spanien, Finnland (jeweils 54%), Belgien (53%), Schweden (52%) und Kroatien (51%). In Tschechien (49% gegenüber 47% „eher nicht vertrauen“), Italien (49% gegenüber 44%), Luxemburg (48% gegenüber 46%) und Deutschland (47% gegenüber 44%) hat eine relative Mehrheit Vertrauen in die EU. In den Niederlanden und Österreich sind die Befragten diesbezüglich geteilter Meinung (49% „eher vertrauen“ gegenüber 49% „eher nicht vertrauen“ bzw. 45% gegenüber 45%).

Im Gegensatz dazu wird der EU in Griechenland (62%), Frankreich (50%), der Slowakei (47% gegenüber 43% „eher vertrauen“) und auf Zypern (46% gegenüber 45%) mehrheitlich misstraut.

Im Vergleich zum Standard-Eurobarometer vom Winter 2020/2021 (EB94) ist das Vertrauen in die EU in 17 Mitgliedstaaten gesunken. Dies gilt in besonderem Maße für die Niederlande (49%, -12 Prozentpunkte), Luxemburg (48%, -7), die Slowakei (43%, -7), Lettland (55%, -6) und Schweden (52%, -6). In acht Mitgliedstaaten ist das Vertrauen hingegen gestiegen, allen voran auf Zypern (45%, +6), in Polen (55%, +5) und Italien (49%, +5), während in Slowenien (55%) und Kroatien (51%) keine Veränderungen zu verzeichnen sind.

QA6a.11 Wie viel Vertrauen haben Sie in bestimmte Institutionen? Geben Sie bitte für die folgenden Institutionen an, ob Sie diesen eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit ...?

Der Europäischen Union (%)



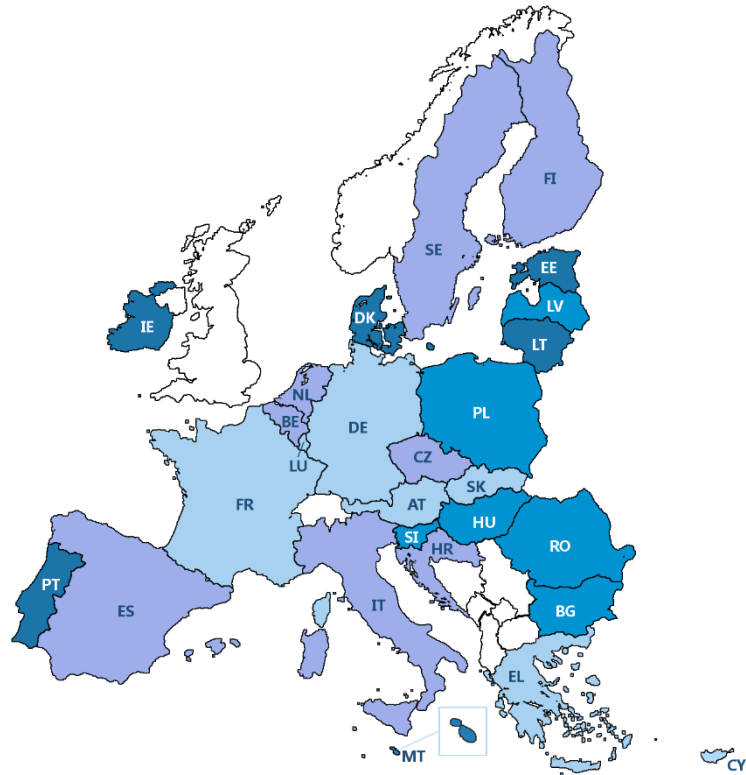
Standard-Eurobarometer 95
Frühjahr 2021

PT		73
IE		71
LT		69
EE		63
MT		62
DK		61
HU		56
RO		56
LV		55
SI		55
PL		55
BG		55
ES		54
FI		54
BE		53
SE		52
HR		51
NL		49
CZ		49
IT		49
EU27		49
LU		48
DE		47
AT		45
CY		45
SK		43
FR		36
EL		36

QA6a.11 Wie viel Vertrauen haben Sie in bestimmte Institutionen? Geben Sie bitte für die folgenden Institutionen an, ob Sie diesen eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit ...?
Der Europäischen Union (% - EHER VERTRAUEN)

Legende der Landkarte

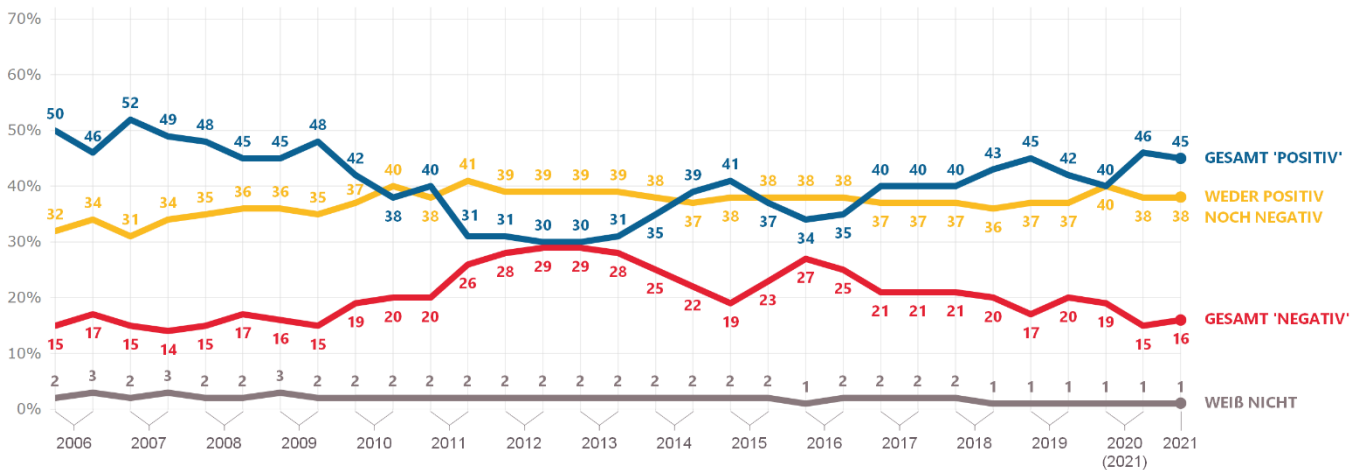
	61 - 100
	55 - 60
	49 - 54
	0 - 48



3. Das Bild der Europäischen Union

Nach einem starken Anstieg zwischen Sommer 2020 (EB93) und Winter 2020/2021 (EB94) hat sich das positive Bild der EU im Frühjahr 2021 leicht abgeschwächt. Aktuell geben 45% an, ein positives Bild von der EU zu haben (-1 Prozentpunkt). Dies ist aber weiterhin die am häufigsten genannte Antwort. Der Anteil derjenigen, die weder ein positives noch ein negatives Bild von der EU haben, ist unverändert (38%, =). Zwar ist der Anteil an Befragten, bei denen die EU ein negatives Bild hervorruft, leicht gestiegen (16%, +1 Prozentpunkt), dennoch fällt dieser Anteil geringer aus als bei den Umfragen zwischen Frühjahr 2010 und Sommer 2020.

D78 Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?
(% - EU)



4. Das Bild der Europäischen Union: Entwicklungen und nationale Ergebnisse

In 20 Mitgliedstaaten hat eine Mehrheit der Befragten ein **positives Bild von der EU** (Rückgang gegenüber 24 beim Standard-Eurobarometer EB94 vom Winter 2020/2021). Die höchsten Anteile sind in Irland (70%) und Portugal (62%) zu verzeichnen, aber auch in Bulgarien (58%), Litauen (57%), Polen, Slowenien (jeweils 53%) und Estland (50%) hat mindestens die Hälfte ein positives Bild.

Der Anteil derjenigen, die ein positives Bild von der EU haben, ist in 18 Mitgliedstaaten im Vergleich zur Umfrage vom Winter 2020/2021 zurückgegangen. Die deutlichsten Rückgänge sind in Portugal (62%, -14 Prozentpunkte), den Niederlanden (39%, -11), Tschechien (38%, -11) und Lettland (43%, -10) zu verzeichnen. In Finnland (42%, +2), Belgien (41%, +2), Österreich (37%, +2) und Spanien (46%, +1) ist der Anteil an Befragten, bei denen die EU ein positives Bild hervorruft, indes leicht gestiegen. In Polen, Ungarn, Litauen, Deutschland und Frankreich ist die öffentliche Meinung in diesem Punkt unverändert.

In sechs Mitgliedstaaten (Anstieg gegenüber zwei im Winter 2020/2021) haben die Befragten am ehesten **weder ein positives noch ein negatives Bild** von der EU, und zwar in Kroatien (47%), Italien (43%), auf Zypern (42%), in den Niederlanden, in der Slowakei (jeweils 40%) und in Griechenland (37%).

In Österreich haben die Befragten mit gleich hoher Wahrscheinlichkeit ein positives oder ein neutrales Bild von der EU (jeweils 37%).

In insgesamt neun Mitgliedstaaten (Anstieg gegenüber fünf im Winter 2020/2021) hat mehr als jeder fünfte Befragte ein **negatives Bild** von der EU, nämlich in Griechenland (30%), Belgien, Tschechien, Österreich (jeweils 25%), der Slowakei (24%), in Finnland, Schweden (jeweils 23%), Frankreich und den Niederlanden (jeweils 21%).

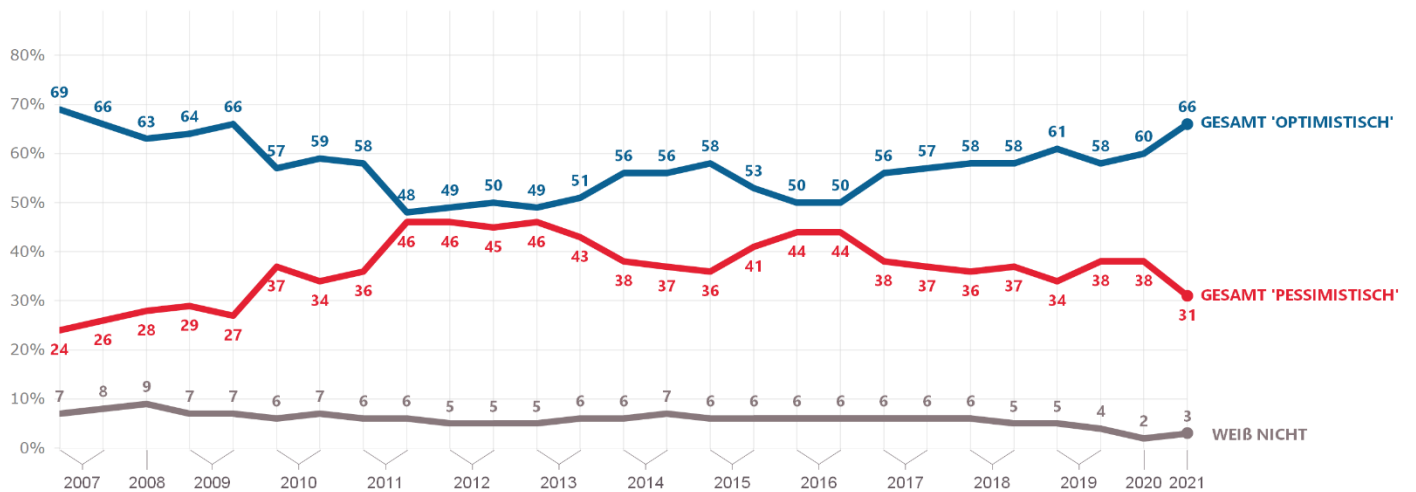
D78 Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?
(%)

		Gesamt 'Positiv'	Fr.2021 – Win.2020/2021	Weder positiv noch negativ	Fr.2021 – Win.2020/2021	Gesamt 'Negativ'	Fr.2021 – Win.2020/2021	Weiß nicht
EU27		45	▼ 1	38	=	16	▲ 1	1
FI		42	▲ 2	35	▼ 2	23	=	0
BE		41	▲ 2	34	▼ 4	25	▲ 2	0
AT		37	▲ 2	37	▼ 2	25	=	1
ES		46	▲ 1	42	▼ 3	11	▲ 3	1
LT		57	=	31	▼ 4	12	▲ 4	0
PL		53	=	39	=	8	=	0
DE		49	=	36	▼ 1	15	▲ 2	0
HU		48	=	40	▼ 2	12	▲ 2	0
FR		41	=	37	▼ 1	21	▲ 1	1
BG		58	▼ 1	26	▲ 1	13	▼ 1	3
SI		53	▼ 1	36	▼ 4	11	▲ 5	0
MT		49	▼ 1	42	=	8	▲ 2	1
DK		46	▼ 1	39	▲ 5	14	▼ 5	1
EL		33	▼ 1	37	▼ 5	30	▲ 6	0
IT		41	▼ 2	43	▲ 5	15	▼ 3	1
CY		41	▼ 3	42	▲ 4	17	▼ 1	0
HR		44	▼ 4	47	▲ 6	9	▼ 2	0
RO		43	▼ 4	42	▼ 4	14	▲ 7	1
SE		42	▼ 4	35	=	23	▲ 5	0
IE		70	▼ 5	22	▲ 3	8	▲ 2	0
EE		50	▼ 5	34	=	16	▲ 5	0
SK		36	▼ 7	40	▼ 1	24	▲ 9	0
LU		46	▼ 8	36	▲ 4	18	▲ 4	0
LV		43	▼ 10	42	▲ 8	15	▲ 2	0
NL		39	▼ 11	40	▲ 4	21	▲ 7	0
CZ		38	▼ 11	37	▲ 9	25	▲ 2	0
PT		62	▼ 14	29	▲ 8	8	▲ 5	1

5. Die Zukunft der Europäischen Union

Der Optimismus bezüglich der Zukunft der EU hat seit Sommer 2020 deutlich zugenommen.¹⁹ Aktuell sehen zwei Drittel der Befragten die Zukunft der EU positiv (66%, +6 Prozentpunkte). Dies ist der höchste Wert seit Herbst 2009. Etwas mehr als jeder dritte Befragte sieht die Zukunft der EU pessimistisch (31%, -7). Dies ist der niedrigste Wert seit 2009.

QA12 Würden Sie sagen, dass Sie die Zukunft der EU sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch sehen? (% - EU)



¹⁹ Diese Frage wurde bei der Umfrage zum Standard-Eurobarometer 94 vom Winter 2020/2021 nicht gestellt.

6. Die Zukunft der Europäischen Union: nationale Ergebnisse und Entwicklungen

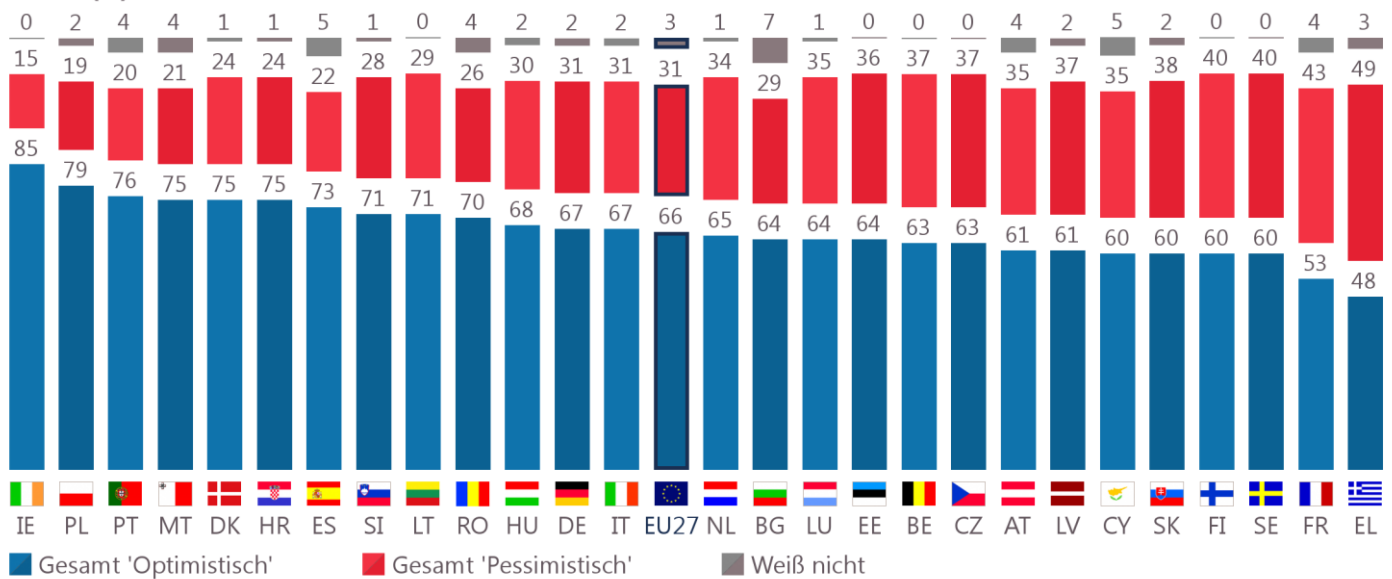
In 26 Mitgliedstaaten sieht die Mehrheit der Befragten die Zukunft der EU optimistisch. Am weitesten verbreitet ist dieser Optimismus in Irland (85%), Polen (79%) und Portugal (76%), aber auch in Dänemark, Kroatien, auf Malta (jeweils 75%), in Spanien (73%), Litauen, Slowenien (jeweils 71%) und Rumänien (70%) sind mindestens sieben von zehn Befragten optimistisch eingestellt.

Griechenland ist das einzige Land, in dem eine Mehrheit der Befragten diesbezüglich pessimistisch eingestellt ist (49% gegenüber 48% „optimistisch“).

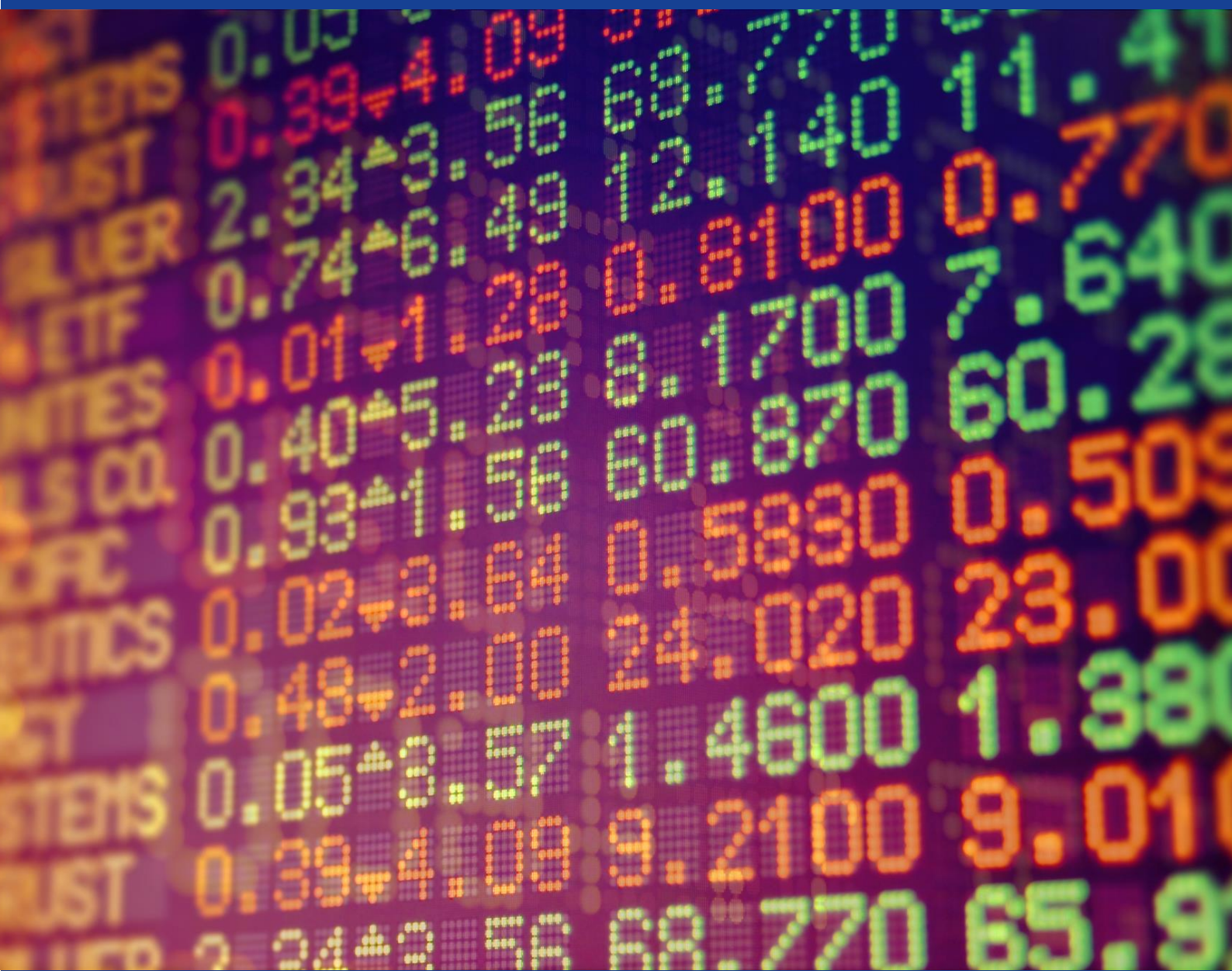
Der Optimismus bezüglich der Zukunft der EU hat seit der Umfrage vom Sommer 2020 in 22 Ländern zugenommen, am deutlichsten auf Malta (75%, +25 Prozentpunkte), in Italien (67%, +18) und Portugal (76%, +15). Ein Rückgang des Optimismus ist lediglich in vier Ländern zu beobachten: Litauen (71%, -4), Lettland (61%, -4), der Slowakei (60%, -4) und Rumänien (70%, -1). In Slowenien ist der Optimismus in diesem Punkt unverändert (71%, =).

In Italien (67%) und Frankreich (53%) zeigt sich aufgrund dieser Entwicklungen aktuell eine Mehrheit der Befragten optimistisch.

QA12 Würden Sie sagen, dass Sie die Zukunft der EU sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch sehen?
(%)



II. DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE

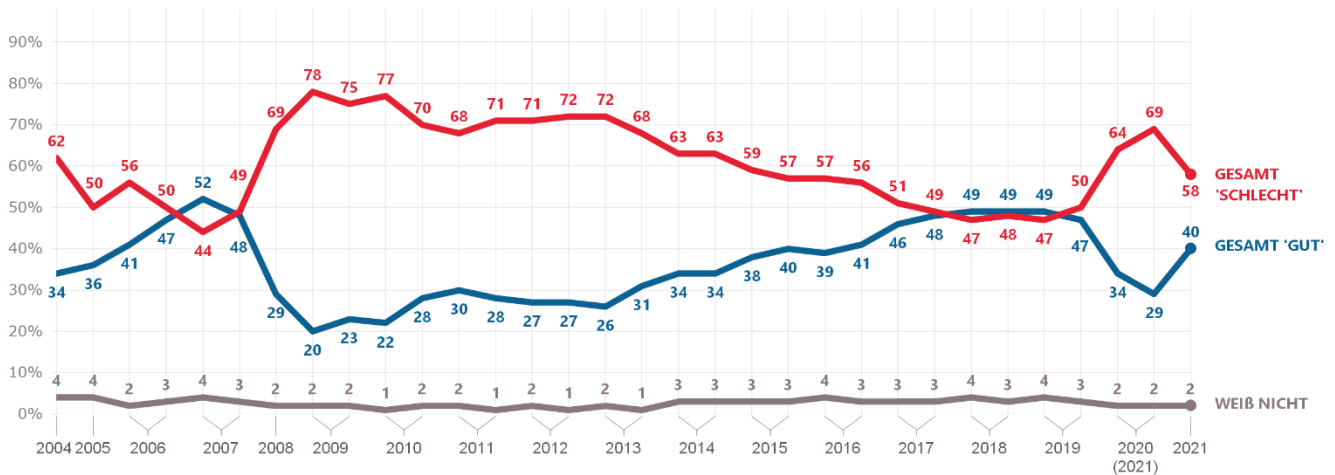


1. Die gegenwärtige Lage der nationalen Wirtschaft: Trend, nationale Ergebnisse und Entwicklung

Nachdem die Lage der nationalen Wirtschaft drei Umfragen in Folge von einem immer geringeren Anteil an Befragten als gut bewertet wurde, hat sich **die Wahrnehmung der nationalen wirtschaftlichen Lage im Vergleich zur Umfrage vom Winter 2020/2021 deutlich verbessert. Aktuell beurteilen 40% der EU-Bürger die Lage ihrer nationalen Wirtschaft als „gut“(+11 Prozentpunkte).** Allerdings ist dieser Anteil nach wie vor niedriger als zwischen Frühjahr 2017 und Herbst 2019.

Der Anteil an Befragten, die der Ansicht sind, dass die Lage ihrer nationalen Wirtschaft „schlecht“ ist, ist seit der Umfrage vom Winter 2020/2021 deutlich zurückgegangen, und zwar um 11 Prozentpunkte auf aktuell 58%. Gleichwohl ist dies nach wie vor die Mehrheitsmeinung.

QA1a.2 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?
Die Lage der (NATIONALEN) Wirtschaft (% - EU)



Standard-Eurobarometer 95 Frühjahr 2021

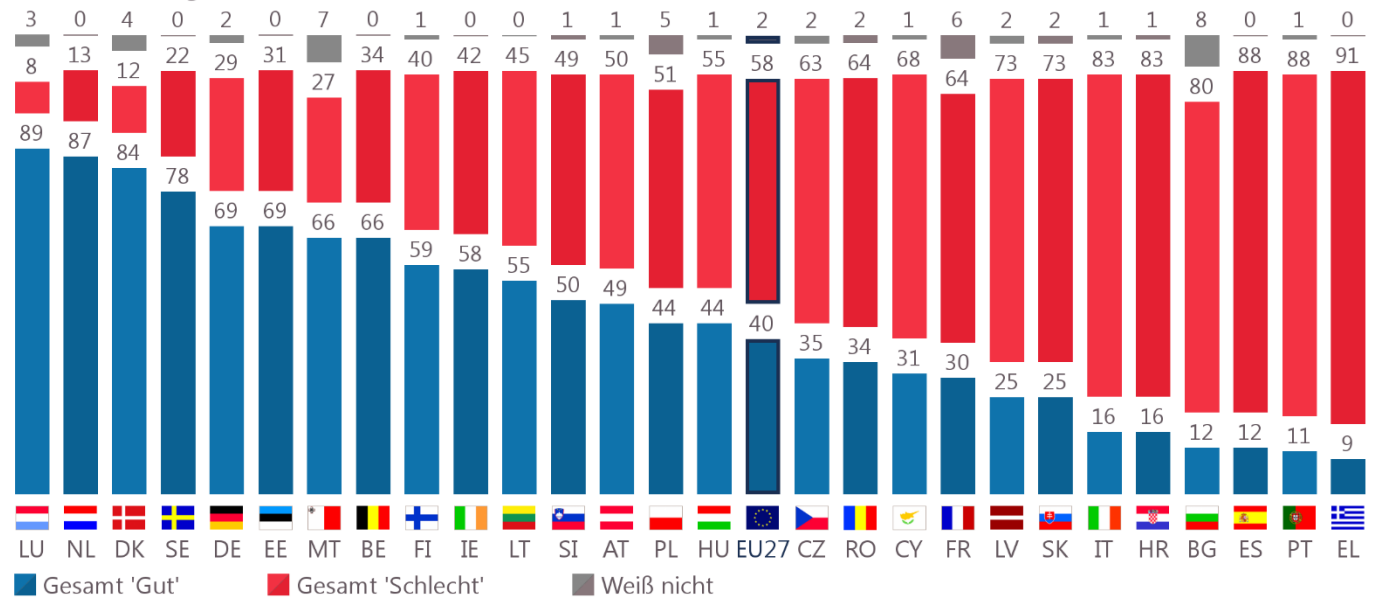
Die Wahrnehmung der gegenwärtigen Lage der nationalen Wirtschaft unterscheidet sich zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten erheblich. Der Anteil an Befragten, die der Meinung sind, dass die wirtschaftliche Lage in ihrem Land gut ist, bewegt sich zwischen 89% in Luxemburg und 9% in Griechenland.

In insgesamt 12 Mitgliedstaaten wird die nationale Wirtschaftslage aktuell mehrheitlich positiv wahrgenommen (Anstieg gegenüber acht im Winter 2020/2021). Mehr als sieben von zehn Bürgern in Luxemburg (89%), den Niederlanden (87%), Dänemark (84%) und Schweden (78%) beurteilen die gegenwärtige Lage ihrer nationalen Wirtschaft als positiv. Im Gegensatz dazu tun dies in Griechenland nur 9%, in Portugal 11% und in Spanien und Bulgarien jeweils 12%.

In 25 Mitgliedstaaten ist der Anteil an Befragten, die die derzeitige Lage ihrer nationalen Wirtschaft positiv beurteilen, im Vergleich zum Standard-Eurobarometer vom Winter 2020/2021 (EB94) gestiegen und in acht Ländern sogar erheblich: Österreich (49%, +26 Prozentpunkte), Niederlande (87%, +17), Deutschland (69%, +17), Belgien (66%, +16), Irland (58%, +16), Frankreich (30%, +13), Dänemark (84%, +13) und Polen (44%, +10). In Schweden und Griechenland ist der Anteil positiver Beurteilungen leicht zurückgegangen (78%, -3 bzw. 9%, -1).

In Slowenien, Irland, Belgien und Litauen überwiegt infolge der beschriebenen Entwicklungen aktuell die positive Sichtweise.

QA1a.2 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?
Die Lage der (NATIONALEN) Wirtschaft (%)

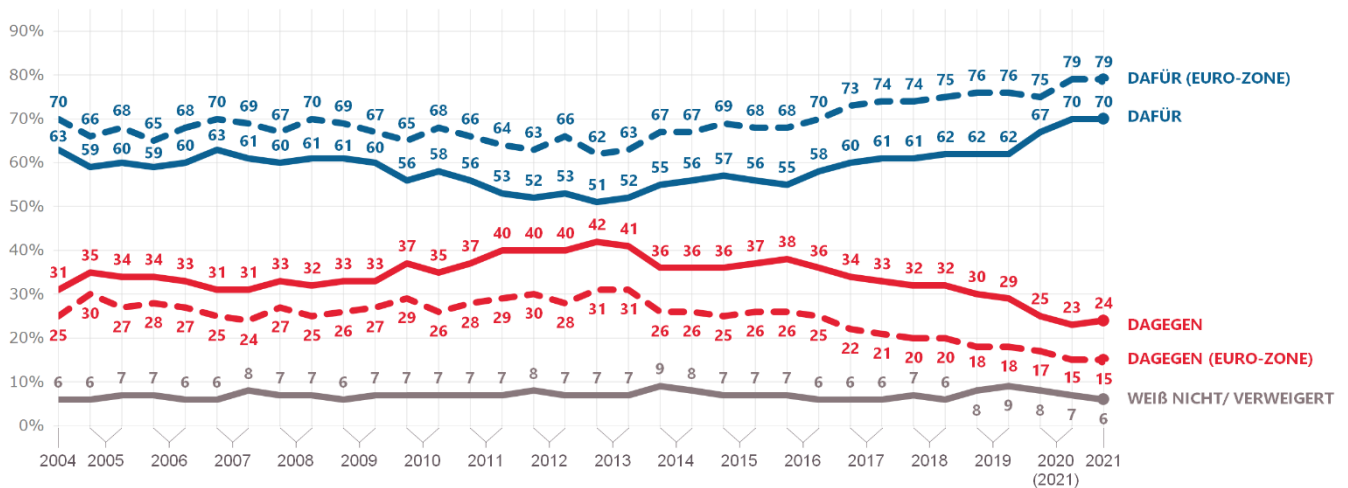


2. Befürwortung des Euro: Trend und nationale Ergebnisse

Die Befürwortung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als gemeinsame Währung ist seit Winter 2020/2021 unverändert. Innerhalb des Euroraums ist die Befürwortung mit 79% (=) weiter auf dem höchsten Stand seit 2004. Ebenfalls unverändert ist der Anteil an Befragten, die gegen den Euro sind (15%, =).

In der Europäischen Union als Ganzes sind sieben von zehn Befragten für den Euro (70%, unverändert seit Winter 2020/2021). Damit bleibt auch dieser Wert auf dem höchsten jemals gemessenen Stand. Etwas weniger als ein Viertel der EU-Bürger ist nach eigenen Angaben „gegen“ eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro (24%, +1). Damit liegt die Ablehnung auf dem zweitniedrigsten Stand seit 2004.

QB3.1 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen? Bitte sagen Sie für jede Aussage, ob Sie dafür oder dagegen sind.
Eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer einzigen Währung, nämlich dem Euro (% - EU)



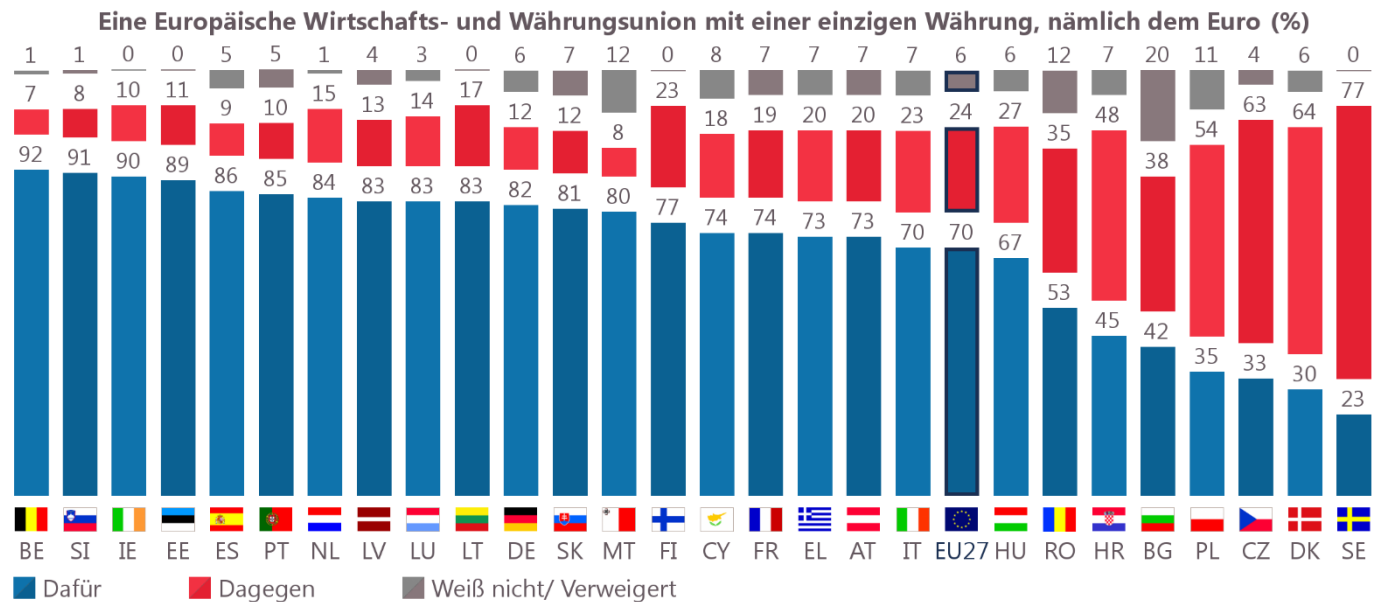
Standard-Eurobarometer 95
Frühjahr 2021

Eine Mehrheit der Befragten in 22 Mitgliedstaaten ist für „eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro“ (unverändert seit Sommer 2020). Die höchsten Anteile an Befürwortern gibt es in Belgien (92%), Slowenien (91%) und Irland (90%), aber auch in Estland (89%), Spanien (86%), Portugal (85%), den Niederlanden (84%), in Lettland, Litauen, Luxemburg (jeweils 83%), Deutschland (82%), der Slowakei (81%) und auf Malta (80%) sind mindestens acht von zehn Befragten für den Euro. Darüber hinaus ist auch die Mehrheit der Befragten in Ungarn (67%), Rumänien (53%) und Bulgarien (42% gegenüber 38% „dagegen“) für eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als gemeinsame Währung, obwohl diese Länder nicht zum Euroraum gehören.

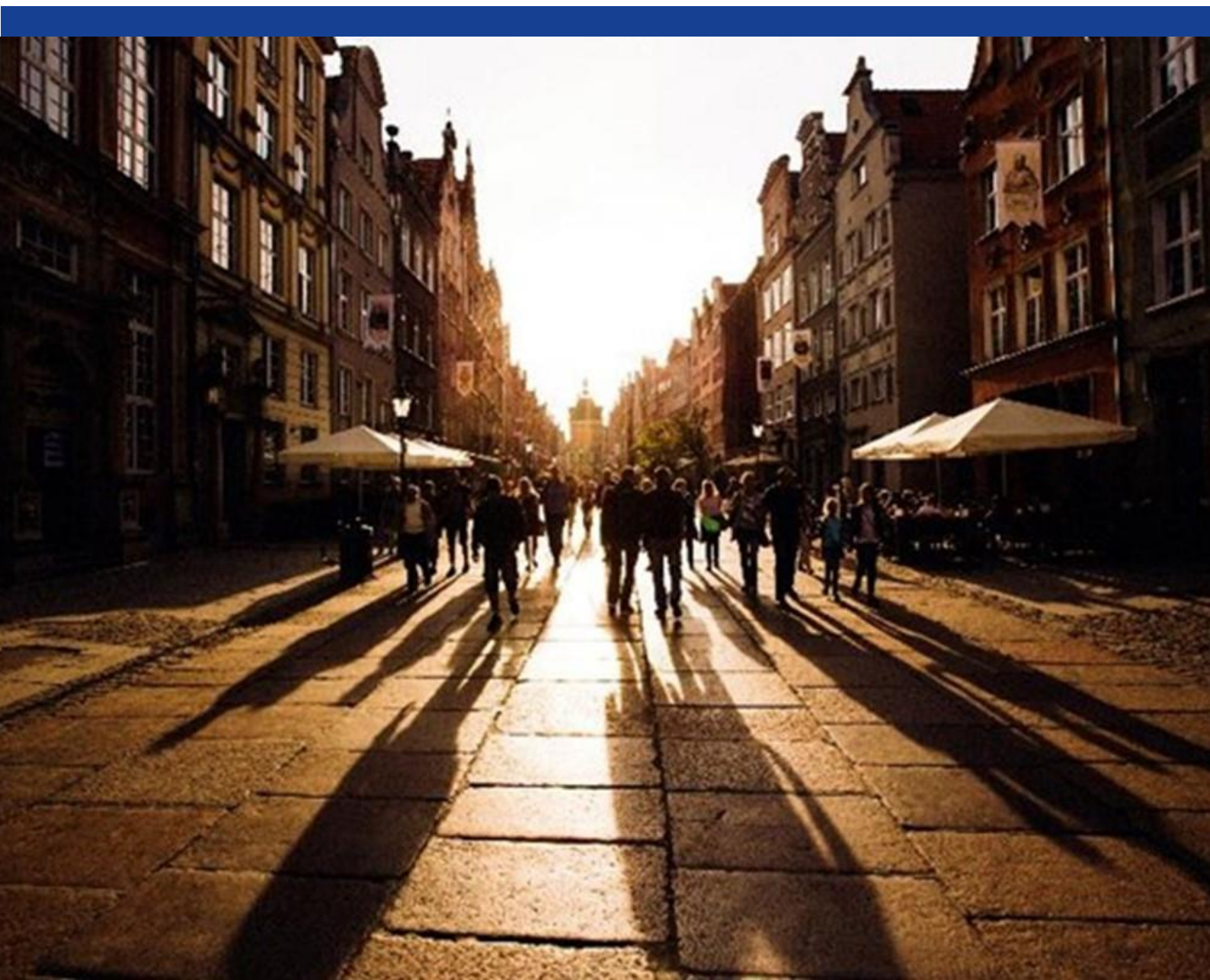
In fünf Ländern außerhalb des Euroraums gibt eine Mehrheit der Befragten an, gegen den Euro zu sein: Schweden (77%), Dänemark (64%), Tschechien (63%), Polen (54%) und Kroatien (48% gegenüber 45% „dafür“).

Der Anteil der Euro-Befürworter ist im Vergleich zum Winter 2020/2021 in 16 Mitgliedstaaten gesunken, allen voran in Portugal (85%, -10 Prozentpunkte), Griechenland (73%, -8), Luxemburg (83%, -7) und Tschechien (33%, -7). Parallel dazu ist der Anteil der Befürworter in acht Ländern gestiegen, insbesondere auf Malta (80%, +4), in Frankreich (74%, +4) und Ungarn (67%, +4). In Spanien, Deutschland und Estland hat sich die öffentliche Meinung in diesem Punkt nicht verändert.

QB3.1 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen? Bitte sagen Sie für jede Aussage, ob Sie dafür oder dagegen sind.



III. DIE DRINGLICHSTEN SORGEN DER EUROPÄER



1. Die dringlichsten Sorgen auf europäischer Ebene: Trend

Die wirtschaftliche Lage rangiert aktuell wieder auf Platz eins der wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht, wenngleich der Anteil an Befragten, die dieser Meinung sind, in der aktuellen Umfrage bei 27% liegt und damit acht Prozentpunkte niedriger ist als im Winter 2020/2021. Bei der letzten Standard-Eurobarometer-Umfrage war dies das am zweithäufigsten genannte Problem, hinter Gesundheit.

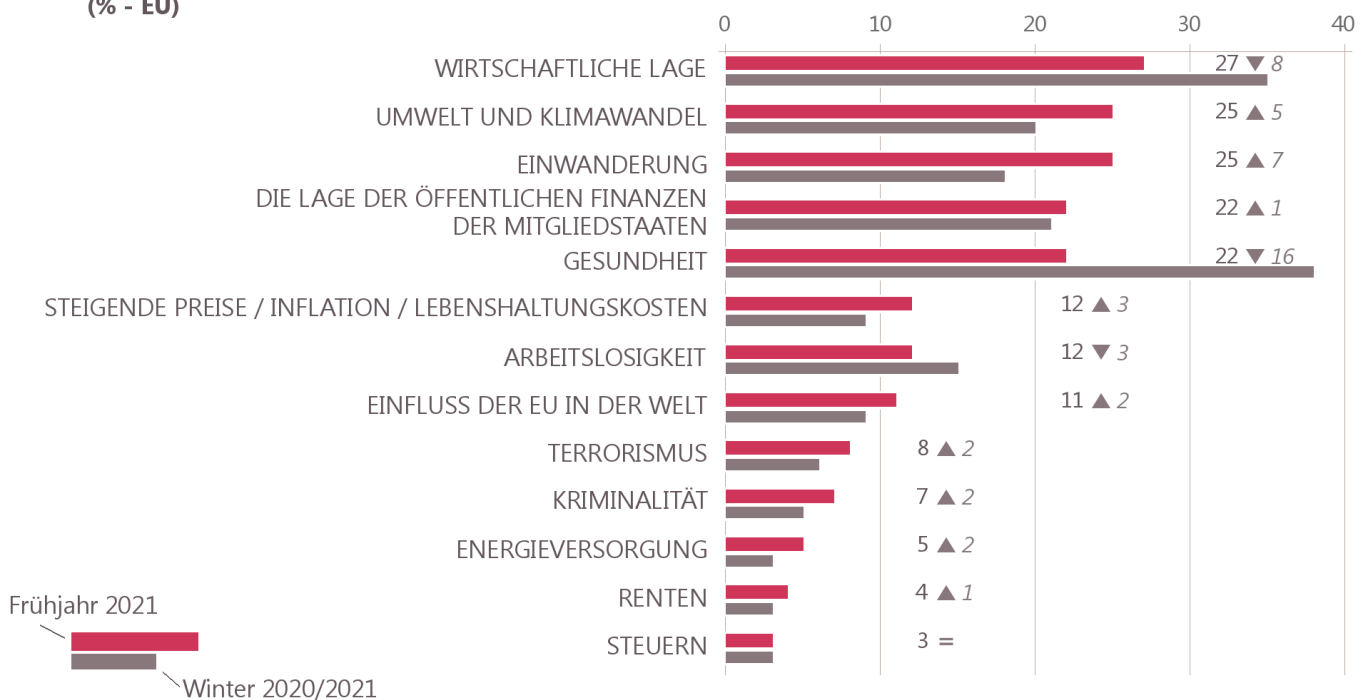
Umwelt und Klimawandel lagen im Winter 2020/2021 auf Platz vier, rangieren aktuell aber auf Platz zwei (25%, +5 Prozentpunkte), und zwar gemeinsam mit dem Thema Einwanderung, das bei der vorangegangenen Umfrage auf Platz fünf lag (25%, +7).

Die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten und das Thema Gesundheit stehen gemeinsam an vierter Stelle. Der Anteil an Befragten, die in diesem Zusammenhang die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten nennen, ist um einen Prozentpunkt gestiegen, gleichzeitig aber vom dritten auf den vierten Platz gefallen (22%). Mit 22% ist der Anteil an Befragten, die Gesundheit nennen, im Vergleich zum Winter 2020/2021 deutlich zurückgegangen (-16). Dies entspricht einer Umkehr des Anstiegs, der zwischen Sommer 2020 und Winter 2020/2021 (+16) zu beobachten war. Das Thema Gesundheit, das in der letzten Umfragerunde auf Platz eins lag, ist damit in der Hierarchie zurückgefallen.

Steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten (12%, +3 Prozentpunkte) stehen gemeinsam mit Arbeitslosigkeit (12%, -3) auf Platz sechs der aus Sicht der Befragten wichtigsten Probleme, denen die EU gegenübersteht. Der Einfluss der EU in der Welt steht an achter Stelle (11%, +2).

Fünf der abgefragten Themen werden von weniger als jedem zehnten Befragten genannt: Terrorismus (8%, +2), Kriminalität (7%, +2), Energieversorgung (5%, +2), Renten (4%, +1) und Steuern (3%, =).

QA5 Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht?
(MAX. 2 NENNUNGEN)
(% - EU)



2. Die dringlichsten Sorgen auf europäischer Ebene: nationale Ergebnisse

Die wirtschaftliche Lage steht EU-weit auf Platz eins der dringlichsten Probleme und rangiert auch in 21 Mitgliedstaaten unter den ersten drei der wichtigsten Probleme.

EU-weit geben 27% aller Befragten an, dass die wirtschaftliche Lage das derzeit wichtigste Problem ist, und in drei Ländern steht dieses Thema an der Spitze der am häufigsten genannten Probleme (Rückgang gegenüber sechs im Winter 2020/2021), wobei die höchsten Anteile in Italien (41%), Spanien (36%) und Lettland (33%) zu verzeichnen sind. In acht Ländern belegt die wirtschaftliche Lage Platz zwei der wichtigsten Probleme. Angeführt wird diese Gruppe von Irland (30%), Zypern und Portugal (jeweils 29%). In Österreich liegt dieses Thema gemeinsam mit Gesundheit (jeweils 26%) auf Platz zwei und in Polen gemeinsam mit der Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten (jeweils 23%). In insgesamt 10 Ländern steht die wirtschaftliche Lage an dritter Stelle der aus Sicht der Befragten wichtigsten Probleme. Die höchsten Anteile innerhalb dieser Gruppe sind in Bulgarien, auf Malta (jeweils 27%) und in Belgien (26%) zu verzeichnen. In Finnland liegt dieses Thema gemeinsam mit Einwanderung auf Platz drei (jeweils 24%).

Einwanderung sowie Umwelt und Klimawandel stehen in der EU als Ganzes gemeinsam an zweiter Stelle und werden von jeweils 25% der Befragten als wichtigste Probleme genannt, denen die EU gegenübersteht. In neun Ländern stehen Umwelt und Klimawandel auf Platz eins der am häufigsten genannten Probleme (Anstieg gegenüber fünf im Winter 2020/2021). Dieses Thema wird in Schweden (54%) und Dänemark (50%) von mindestens der Hälfte der Befragten angeführt. Dahinter folgen die Niederlande mit 49%. In Finnland (38%), Estland (30%) und Litauen (28%) wird dieses Thema am zweithäufigsten genannt und in Lettland (20%) am dritthäufigsten.





























Die Einwanderung liegt in sieben Ländern auf Platz eins der am häufigsten genannten Probleme (Anstieg gegenüber einem Land im Winter 2020/2021), allen voran auf Zypern (48%), in Tschechien (42%) und auf Malta (40%). In acht Ländern liegt die Einwanderung auf Platz zwei, wobei die höchsten Anteile in den Niederlanden (38%) und in Belgien (37%) zu verzeichnen sind. In sieben Ländern, darunter in Griechenland (32%), Slowenien und Spanien (jeweils 26%), belegt die Einwanderung Platz drei.

Die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten und das Thema Gesundheit liegen auf EU-Ebene gemeinsam an vierter Stelle (jeweils 22%). **Die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten wird in zwei Mitgliedstaaten** als das wichtigste Problem angesehen, dem die EU gegenübersteht: Finnland (45%) und Slowakei (29%). In fünf Ländern rangiert dieses Thema auf Platz zwei der am häufigsten genannten Probleme, darunter in Griechenland (33%), Deutschland (30%) und Tschechien (28%). In fünf anderen Ländern ist dies das am dritthäufigsten genannte Problem. **Das Thema Gesundheit halten die Befragten in sechs Ländern für das wichtigste Problem, dem die EU gegenübersteht** (Rückgang gegenüber 16 im Winter 2020/2021), wobei die höchsten Anteile in Portugal (40%), Griechenland (38%) und Slowenien (34%) zu verzeichnen sind. In insgesamt vier Ländern rangiert die Gesundheit auf Platz zwei, darunter auf Malta (39%) und in Italien (37%), und in drei Ländern auf Platz drei.

Steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten sowie Arbeitslosigkeit liegen EU-weit gemeinsam auf Platz sechs und werden von 12% der EU-Bürger genannt. In Italien ist die **Arbeitslosigkeit** das am dritthäufigsten genannte Problem (25%). Die **Kriminalität** liegt EU-weit auf Platz 10 (7%) und ist das einzige weitere Item, das in einem der Mitgliedstaaten unter den Top drei zu finden ist, und zwar in Schweden mit 20% auf Rang drei.

Standard-Eurobarometer 95
Frühjahr 2021

QA5 Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht? (MAX. 2 NENNUNGEN)
(%)

		Wirtschaftliche Lage	Umwelt und Klimawandel	Einwanderung	Die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten	Gesundheit	Steigende Preise / Inflation / Lebenshaltungskosten	Arbeitslosigkeit	Einfluss der EU in der Welt	Terrorismus	Kriminalität	Energieversorgung	Renten	Steuern
EU27		27	25	25	22	22	12	12	11	8	7	5	4	3
BE		26	46	37	22	15	9	3	21	4	3	7	2	2
BG		27	11	31	13	29	15	6	13	10	7	6	3	2
CZ		23	21	42	28	14	15	3	14	14	8	3	3	2
DK		24	50	31	16	12	6	7	18	10	7	5	2	1
DE		20	36	24	30	11	16	7	15	6	7	6	4	3
EE		21	30	37	26	15	18	3	21	9	4	10	1	3
IE		30	45	15	22	27	20	7	16	4	2	5	1	4
EL		27	9	32	33	38	5	14	14	10	8	3	0	1
ES		36	11	26	22	28	9	22	6	3	3	3	4	4
FR		25	28	26	15	16	11	11	12	16	14	4	6	1
HR		27	19	19	26	30	17	11	12	11	11	4	3	4
IT		41	14	19	18	37	11	25	4	4	3	4	4	6
CY		29	9	48	11	25	6	17	5	11	19	2	3	1
LV		33	20	32	16	14	19	9	13	12	5	2	2	6
LT		25	28	32	12	20	24	9	21	10	5	3	2	5
LU		22	40	27	17	13	12	14	15	10	9	6	5	4
HU		23	20	33	26	17	15	5	13	18	6	5	4	4
MT		27	21	40	17	39	9	11	6	3	6	2	1	2
NL		22	49	38	25	13	6	3	22	6	6	5	0	2
AT		26	34	23	15	26	12	14	11	6	7	7	6	4
PL		23	19	21	23	25	18	5	10	9	7	7	6	6
PT		29	8	25	27	40	3	13	11	6	3	3	1	2
RO		21	17	15	19	29	15	8	10	11	12	9	7	6
SI		28	18	26	20	34	13	7	14	7	8	4	3	5
SK		23	19	25	29	24	22	7	13	12	8	2	4	2
FI		24	38	24	45	8	9	6	20	10	8	3	1	1
SE		18	54	32	18	8	4	9	11	12	20	11	1	1
		DER AM HÄUFIGSTEN GENANNTEN ASPEKT			DER AM ZWEITHÄUFIGSTEN GENANNTEN ASPEKT				DER AM DRITTHÄUFIGSTEN GENANNTEN ASPEKT					

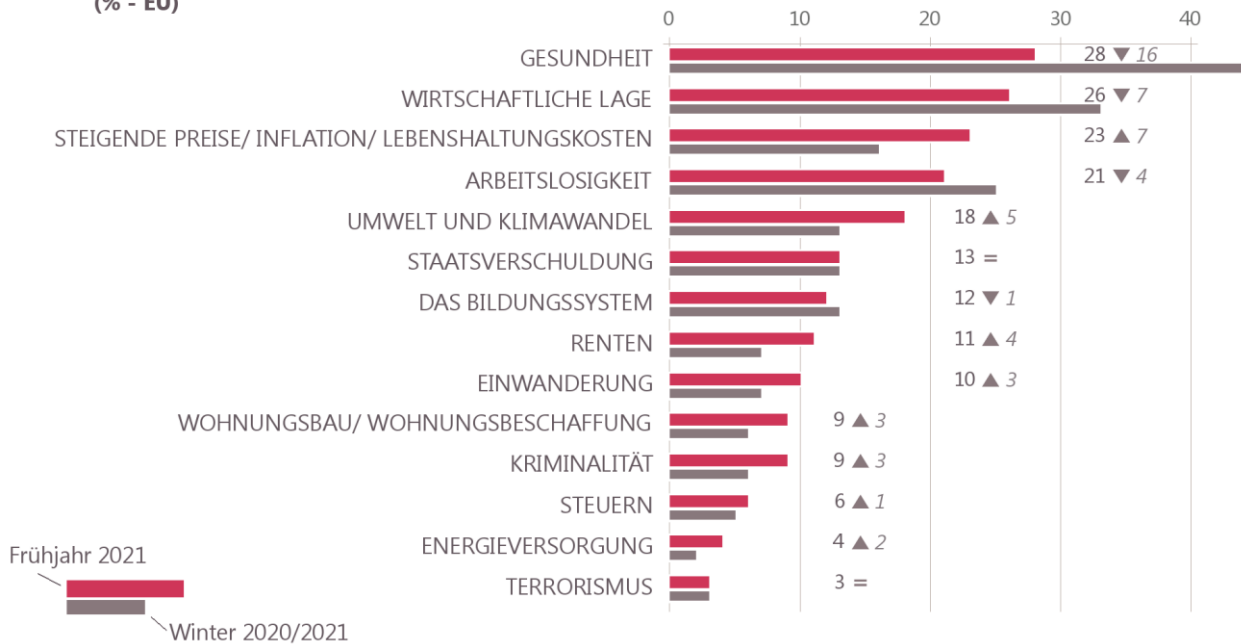
3. Die dringlichsten Sorgen auf nationaler Ebene: Trend

Die **Gesundheit** ist für die Europäer **nach wie vor das wichtigste nationale Thema**, wenngleich der Anteil der Nennungen gegenüber der Umfrage vom Winter 2020/2021 erheblich zurückgegangen ist (28%, -16 Prozentpunkte, nach einem Anstieg um 13 Prozentpunkte zwischen Sommer 2020 und Winter 2020/2021). Die **wirtschaftliche Lage** liegt auf Platz zwei der wichtigsten Themen und wird von etwas mehr als einem Viertel der Befragten genannt (26%, -7). **Steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten** (23%, +7) sowie **Arbeitslosigkeit** (21%, -4) werden jeweils von etwas mehr als einem Fünftel genannt.

Umwelt und Klimawandel rangieren auf Platz fünf. Der Anteil der Nennungen ist im Vergleich zur Umfrage vom Winter 2020/2021 um fünf Prozentpunkte gestiegen und beträgt aktuell 18%. Dahinter folgen **Staatsverschuldung** (13%, =), das **Bildungssystem** (12%, -1), **Renten** (11%, +4) und **Einwanderung** (10%, +3).

Weniger als jeder zehnte Befragte nennt in diesem Zusammenhang die Themen **Kriminalität** (9%, +3), **Wohnungsbau/Wohnungsbeschaffung** (9%, +3) oder **Steuern** (6%, +1) und weniger als jeder zwanzigste **Energieversorgung** (4%, +2) oder **Terrorismus** (3%, =).

QA3a Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht?
(MAX. 2 NENNUNGEN)
(% - EU)



4. Die dringlichsten Sorgen auf nationaler Ebene: nationale Ergebnisse

Das Thema Gesundheit gehört nach Ansicht der Befragten in 22 Mitgliedstaaten zu den drei wichtigsten Problemen, denen ihr Land derzeit gegenübersteht. Des Weiteren gehören in 18 Ländern die wirtschaftliche Lage und in 16 Ländern steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten nach Meinung der Befragten zu den Top drei der dringlichsten nationalen Probleme.

Im EU-Durchschnitt geben 28% der Europäer an, dass das Thema **Gesundheit** zu den größten nationalen Problemen gehört. Damit liegt dieses Item EU-weit auf Platz eins. Im Ländervergleich ist dieses Item in fünf Mitgliedstaaten auf Platz eins zu finden (Rückgang gegenüber 20 im Winter 2020/2021), und zwar in Portugal (52%), Slowenien (47%), auf Malta (41%), in Rumänien und Österreich (jeweils 32%). In 11 Ländern rangiert dieses Thema auf Platz zwei, wobei die höchsten Anteile in Irland (44%), Ungarn (41%) und Bulgarien (39%) zu verzeichnen sind. In Italien steht das Thema Gesundheit gemeinsam mit Arbeitslosigkeit an zweiter Stelle (jeweils 38%), in Litauen gemeinsam mit dem Bildungssystem (jeweils 23%) und in Frankreich gemeinsam mit Kriminalität (jeweils 21%). In sechs Ländern belegt das Thema Gesundheit Rang drei, darunter in Griechenland (37%), Spanien (35%) und Lettland (31%).

Die wirtschaftliche Lage wird insgesamt von 26% der Europäer genannt und rangiert damit EU-weit auf Platz zwei. In vier Ländern ist die wirtschaftliche Lage auf Platz eins der am häufigsten genannten nationalen Probleme zu finden (Rückgang gegenüber sechs im Winter 2020/2021): Griechenland (53%), Zypern (47%), Italien (45%) und Kroatien (34%). In sechs Ländern ist dieses Item das am zweithäufigsten genannte Problem, unter anderem in Portugal (42%), Spanien (37%) und auf Malta (36%). Gleiches gilt für Finnland, wo Arbeitslosigkeit sowie Umwelt und Klimawandel (jeweils 29%) aber ebenfalls auf Platz zwei sind. In acht Ländern liegt die wirtschaftliche Lage auf Platz drei der größten nationalen Probleme, darunter in Bulgarien (35%), Rumänien (29%) und der Slowakei (27%).

Steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten liegen EU-weit auf Platz drei und werden von 23% der Befragten genannt. Im Ländervergleich ist dieses Thema in sieben Mitgliedstaaten auf Platz eins der aus Sicht der Befragten wichtigsten nationalen Probleme zu finden (im Winter 2020/2021 war dies in keinem Land der Fall). Die höchsten Anteile sind hierbei in Litauen (53%), Estland (50%), Polen und der Slowakei (jeweils 47%) festzustellen. In fünf Ländern liegt dieses Item auf Rang zwei, wobei der höchste Anteil in Tschechien (43%) zu verzeichnen ist, und in vier Ländern auf Rang drei.

Die **Arbeitslosigkeit** steht in der EU als Ganzes mit 21% auf Platz vier der wichtigsten nationalen Probleme. In Spanien (50%) und Frankreich (26%) steht dieses Thema an erster Stelle und in Griechenland (38%), Italien (38%), Finnland (29%) und Österreich (24%) an zweiter. In Portugal (38%) und auf Zypern (28%) belegt die Arbeitslosigkeit Platz drei.

Mit insgesamt 18% der Nennungen liegen **Umwelt und Klimawandel** im EU-Durchschnitt auf Rang fünf, in vier Ländern hingegen auf Platz eins: Dänemark (51%), Niederlande (45%), Deutschland und Belgien (jeweils 34%). In Schweden (31%) und Finnland (29%) liegt dieses Thema auf Platz zwei und in drei Ländern auf Platz drei.

In Tschechien (44%) und Finnland (34%) ist die **Staatsverschuldung** das am häufigsten genannte nationale Problem. In Belgien (29%) rangiert dieses Item an zweiter Stelle und in Litauen (16%) und Italien (12%, zusammen mit Einwanderung) an dritter Stelle. In der EU als Ganzes nimmt dieses Thema Rang sechs ein (13%).

Das Bildungssystem steht EU-weit mit 12% der Nennungen auf Rang sieben, in Litauen hingegen auf Platz zwei (23%) und in Deutschland auf Platz drei (22%).

Die Einwanderung ist in Schweden das am dritthäufigsten genannte nationale Problem (25%). Gleiches gilt für Italien, wo dieses Item aber gemeinsam mit der Staatsverschuldung (jeweils 12%) auf Platz drei liegt.

Die Themen **Wohnungsbau/Wohnungsbeschaffung, Kriminalität, Steuern, Energieversorgung und Terrorismus** werden im EU-Durchschnitt jeweils von weniger als 10% der Befragten genannt. In Luxemburg (64%) und Irland (59%) ist Wohnungsbau/Wohnungsbeschaffung hingegen das am häufigsten genannte nationale Problem und in den Niederlanden (40%) das zweithäufigste. Die **Kriminalität** steht in Schweden (41%) auf Platz eins der größten nationalen Probleme und in Frankreich auf Platz zwei, dort aber gemeinsam mit Gesundheit (21%).

Alle anderen Items sind in keinem Mitgliedstaat unter den Top drei zu finden.

Standard-Eurobarometer 95
Frühjahr 2021

QA3a Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht? (MAX. 2 NENNUNGEN)
(%)

		Gesundheit	Wirtschaftliche Lage	Steigende Preise/ Inflation/ Lebenshaltungskosten	Arbeitslosigkeit	Umwelt und Klimawandel	Staatsverschuldung	Das Bildungssystem	Renten	Einwanderung	Wohnungsbau/ Wohnungsbeschaffung	Kriminalität	Steuern	Energieversorgung	Terrorismus
EU27		28	26	23	21	18	13	12	11	10	9	9	6	4	3
BE		19	19	21	9	34	29	10	8	16	5	5	13	9	1
BG		39	35	44	19	4	6	8	14	5	2	8	3	2	2
CZ		17	24	43	4	8	44	12	13	4	16	4	4	0	1
DK		33	20	12	5	51	12	10	7	17	5	8	4	4	3
DE		16	12	24	5	34	16	22	15	12	19	8	3	4	3
EE		30	23	50	10	16	8	13	12	8	3	1	16	8	0
IE		44	16	26	7	19	12	2	2	2	59	4	4	2	0
EL		37	53	10	38	2	13	7	4	16	0	11	5	0	1
ES		35	37	15	50	6	8	6	7	7	3	5	7	5	0
FR		21	17	17	26	20	13	13	14	13	6	21	3	2	10
HR		29	34	32	27	6	17	4	9	6	7	18	4	2	1
IT		38	45	11	38	6	12	5	8	12	3	4	10	2	2
CY		30	47	14	28	5	5	12	6	23	4	13	2	1	2
LV		31	34	36	14	2	13	16	10	3	6	2	26	1	1
LT		23	15	53	15	4	16	23	9	14	4	3	14	3	1
LU		13	5	31	9	25	3	13	6	8	64	10	3	3	1
HU		41	21	45	13	9	11	11	11	8	6	5	4	2	2
MT		41	36	23	4	27	4	3	3	20	9	7	2	2	0
NL		29	13	18	3	45	3	15	4	11	40	6	5	4	2
AT		32	19	23	24	22	12	14	8	13	7	8	4	6	4
PL		32	23	47	8	10	13	8	9	4	4	5	10	6	3
PT		52	42	17	38	2	10	2	7	2	2	2	12	0	0
RO		32	29	30	10	9	11	16	16	4	6	10	6	5	4
SI		47	30	26	12	9	18	6	9	7	11	8	6	2	1
SK		33	27	47	14	10	17	13	13	2	5	5	5	1	0
FI		18	29	14	29	29	34	7	5	13	2	5	8	3	1
SE		22	8	5	15	31	1	20	8	25	8	41	5	9	1

DER AM HÄUFIGSTEN
GENANNTEN ASPEKT

DER AM ZWEITHÄUFIGSTEN
GENANNTEN ASPEKT

DER AM DRITTHÄUFIGSTEN
GENANNTEN ASPEKT

IV. EUROPÄISCHE BÜRGERSCHAFT



1. Das Gefühl, Bürger der Europäischen Union zu sein: nationale Ergebnisse

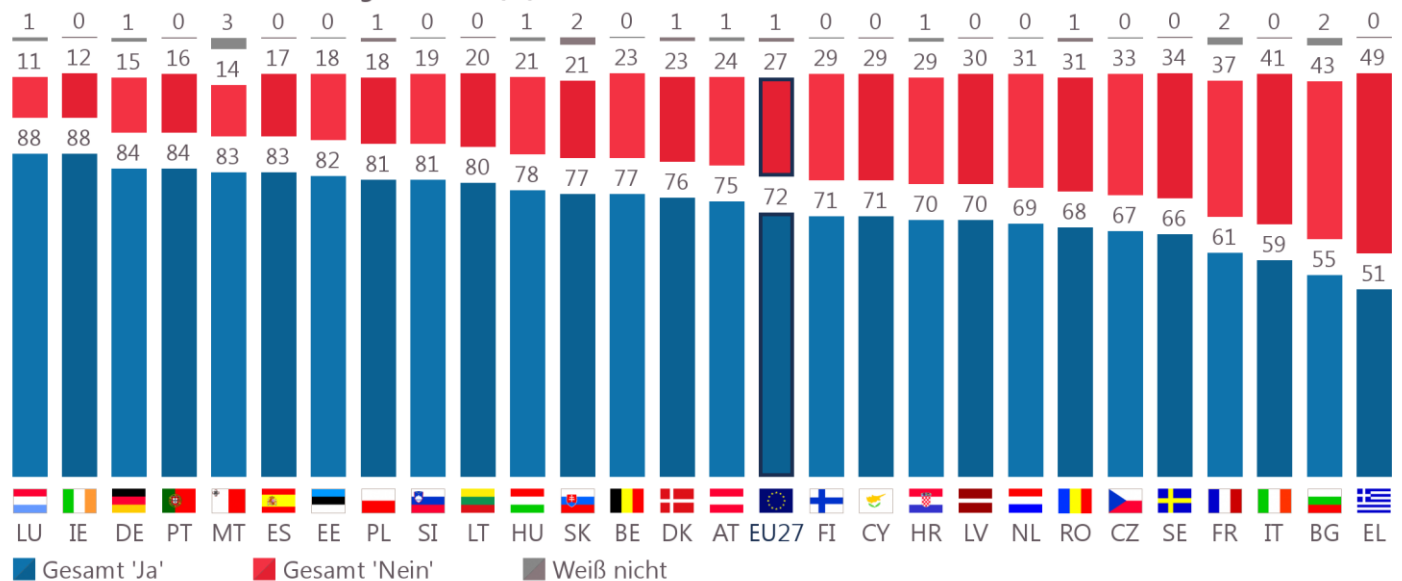
Die Mehrheit der Befragten in allen Mitgliedstaaten fühlt sich als Bürger der EU. In der EU als Ganzes geben 72% an, sich als Bürger der EU zu fühlen (-2 Prozentpunkte seit Winter 2020/2021).

Der Anteil der Bürger, die sich nach eigenen Angaben als Bürger der EU fühlen, bewegt sich zwischen 88% in Irland und Luxemburg und 51% in Griechenland. Neben Irland und Luxemburg fühlen sich in acht weiteren Ländern mindestens acht von zehn Befragten als EU-Bürger: Deutschland, Portugal (jeweils 84%), Spanien, Malta (jeweils 83%), Estland (82%), Polen, Slowenien (jeweils 81%) und Litauen (80%). Am anderen Ende der Skala stehen Griechenland mit 51% sowie Bulgarien mit 55% und Italien mit 59%.

In 20 Ländern ist das Gefühl, Bürger der EU zu sein, im Vergleich zur Umfrage vom Winter 2020/2021 zurückgegangen. Die stärksten Rückgänge sind in Griechenland (51%, -13 Prozentpunkte), Portugal (84%, -10) und Schweden (66%, -8) zu verzeichnen. In zwei Mitgliedstaaten ist das Gefühl, Bürger der EU zu sein, hingegen weiter verbreitet als bei der letzten Umfrage, nämlich in Österreich (75%, +3) und auf Malta (83%, +2). Auf Zypern, in Italien, Frankreich, Dänemark und Deutschland ist diesbezüglich keine Veränderung zu beobachten.

QC2.1 Bitte sagen Sie für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht.

Sie fühlen sich als Bürger der EU (%)



V. DIE EU UND DIE CORONAVIRUS- PANDEMIE / EINSTELLUNGEN ZUR IMPFUNG GEGEN COVID-19

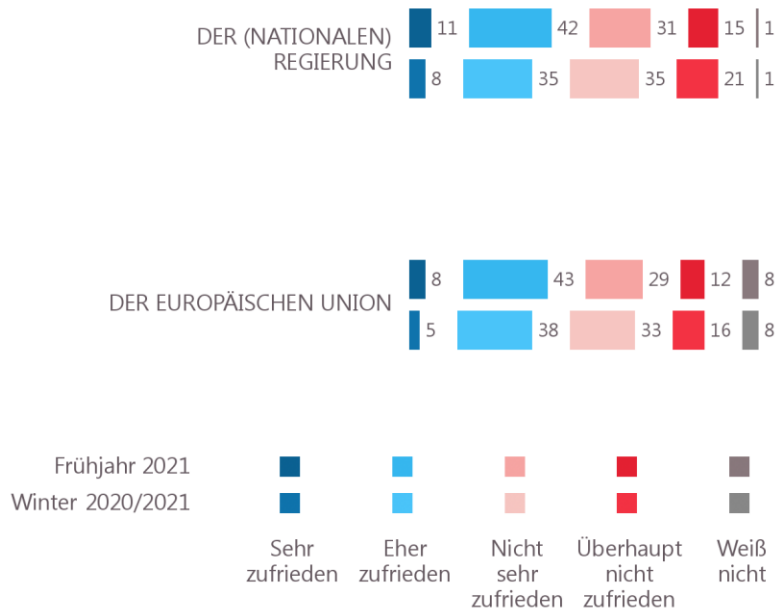


1. Zufriedenheit mit den Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise: Trend und nationale Ergebnisse

Die Zufriedenheit mit den von der Europäischen Union ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie ist seit Winter 2020/2021 deutlich gestiegen. Aktuell ist mehr als die Hälfte der EU-Bürger damit zufrieden (51%, +8 Prozentpunkte). Die Unzufriedenheit hat abgenommen (41%, -8) und 8% geben an, nicht zu wissen, ob sie damit zufrieden sind oder nicht (=).

Darüber hinaus ist auch die Zufriedenheit der Bürger mit den von ihrer nationalen Regierung ergriffenen Maßnahmen merklich gestiegen, sodass sich aktuell die Mehrheit der Bürger zufrieden zeigt (53%, +10 Prozentpunkte seit Winter 2020/2021). 46% sind unzufrieden (-10), während 1% (=) angibt, dies nicht zu wissen.

QA13 Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit den Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie von ... ergriffen wurden?
(% - EU)

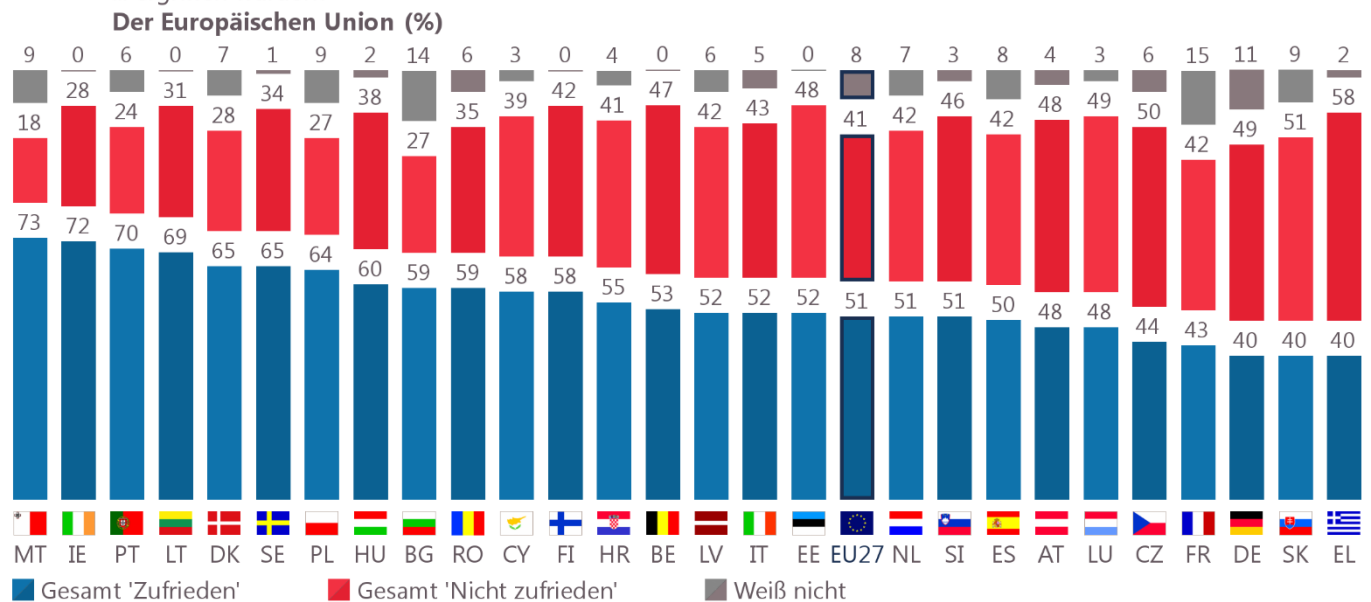


Standard-Eurobarometer 95
Frühjahr 2021

Nach eigenen Angaben ist eine Mehrheit der Befragten in 21 Mitgliedstaaten zufrieden mit den Maßnahmen, die von der Europäischen Union ergriffen wurden, um die Pandemie zu bekämpfen (Anstieg gegenüber 13 Mitgliedstaaten im Winter 2020/2021). Am höchsten ist die Zufriedenheit auf Malta (73%), in Irland (72%) und Portugal (70%). In fünf Ländern ist eine Mehrheit der Befragten „nicht zufrieden“, wobei die höchsten Anteile in Griechenland (58%), der Slowakei (51%) und Tschechien (50%) zu verzeichnen sind. Die Befragten in Österreich sind in diesem Punkt in zwei gleich große Lager geteilt (48% „zufrieden“ gegenüber 48% „nicht zufrieden“).

Die Zufriedenheit mit den Maßnahmen, die von der Europäischen Union ergriffen wurden, um die Coronavirus-Pandemie zu bekämpfen, ist in 24 Ländern im Vergleich zum Winter 2020/2021 gestiegen. Am stärksten zugenommen hat die Zufriedenheit auf Malta (73%, +18 Prozentpunkte), in Irland (72%, +16), Belgien (53%, +14), Finnland (58%, +13), Luxemburg (48%, +11), Frankreich (43%, +11), Estland (52%, +10) und Schweden (65%, +10). Slowenien (51%, -4) und Dänemark (65%, -3) sind die einzigen beiden Länder, in denen die Zufriedenheit gesunken ist. In Kroatien ist das Meinungsbild unverändert (55%, =).

QA13.3 Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit den Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie von ... ergriffen wurden?



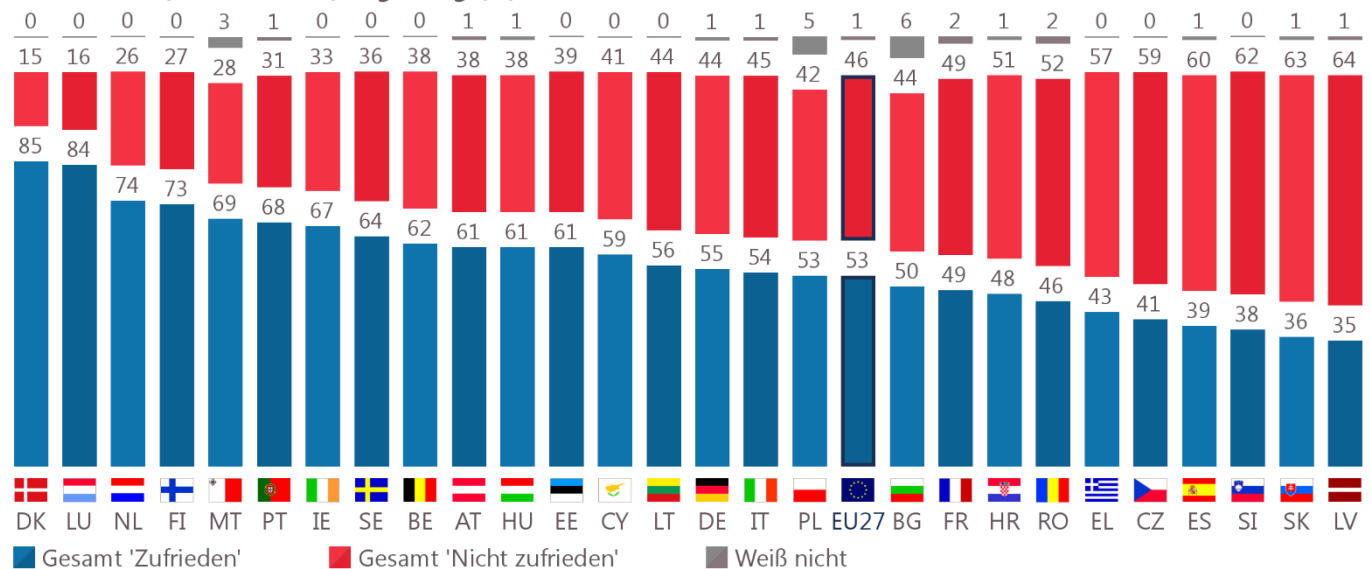
Standard-Eurobarometer 95
Frühjahr 2021

In 18 Mitgliedstaaten (Anstieg gegenüber 11 im Winter 2020/2021) ist eine Mehrheit der Befragten mit den von ihrer nationalen Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie zufrieden. Allerdings fällt das Maß der Zufriedenheit zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten extrem unterschiedlich aus und bewegt sich zwischen 85% in Dänemark und 35% in Lettland. Die Befragten in Frankreich sind diesbezüglich geteilter Meinung (49% „zufrieden“ gegenüber 49% „nicht zufrieden“). Eine Mehrheit der Befragten in acht Ländern zeigt sich mit den Maßnahmen der nationalen Regierung unzufrieden. Dies gilt für mindestens sechs von zehn Befragten in Lettland (64%), der Slowakei (63%), Slowenien (62%) und Spanien (60%).

Die Zufriedenheit mit den nationalen Maßnahmen ist in allen Mitgliedstaaten im Vergleich zum Winter 2020/2021 gestiegen. In 14 Ländern hat die Zufriedenheit um mehr als zehn Prozentpunkte zugenommen, allen voran in Portugal (68%, +19 Prozentpunkte), Polen (53%, +17), Tschechien (41%, +17), auf Malta (69%, +16) und in Estland (61%, +16).

QA13.1 Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit den Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie von ... ergriffen wurden?

Der (NATIONALEN) Regierung (%)



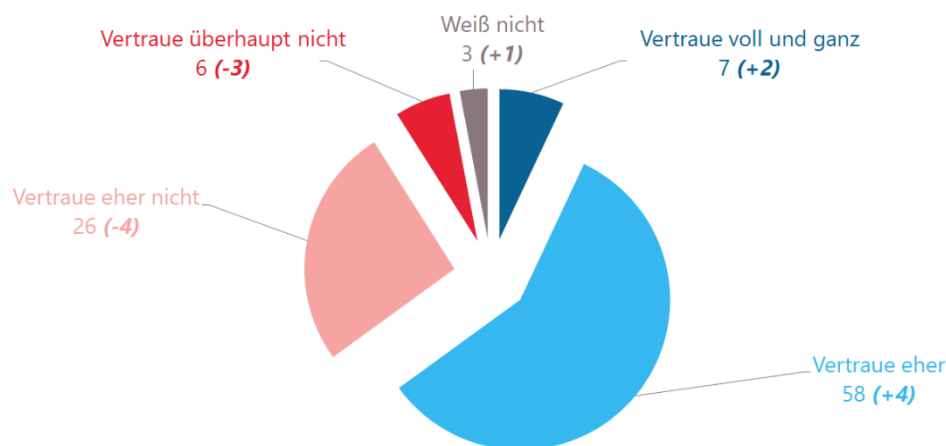
2. Vertrauen in die EU, künftig die richtigen Entscheidungen zu treffen: Trend und nationale Ergebnisse

Nahezu zwei Drittel der Europäer vertrauen darauf, dass die EU künftig die richtigen Entscheidungen treffen wird, wenn sie an die Reaktion der EU auf die Coronavirus-Pandemie denken (65%, +6 Prozentpunkte seit Winter 2020/2021). Weniger als ein Drittel vertraut der EU nicht, künftig die richtigen Entscheidungen zu treffen (32%, -7), und 3% antworten mit „weiß nicht“ (+1).

Die Mehrheit der Bürger in allen Mitgliedstaaten vertraut der EU, künftig die richtigen Entscheidungen zu treffen (Anstieg gegenüber 24 im Winter 2020/2021). Die höchsten Anteile sind in Portugal (85%), auf Malta (82%) und in Irland (79%) zu verzeichnen. Im Vergleich dazu sind es in Griechenland 49% (gegenüber 48% „vertraue eher nicht“) und in Österreich und Deutschland jeweils 56%.

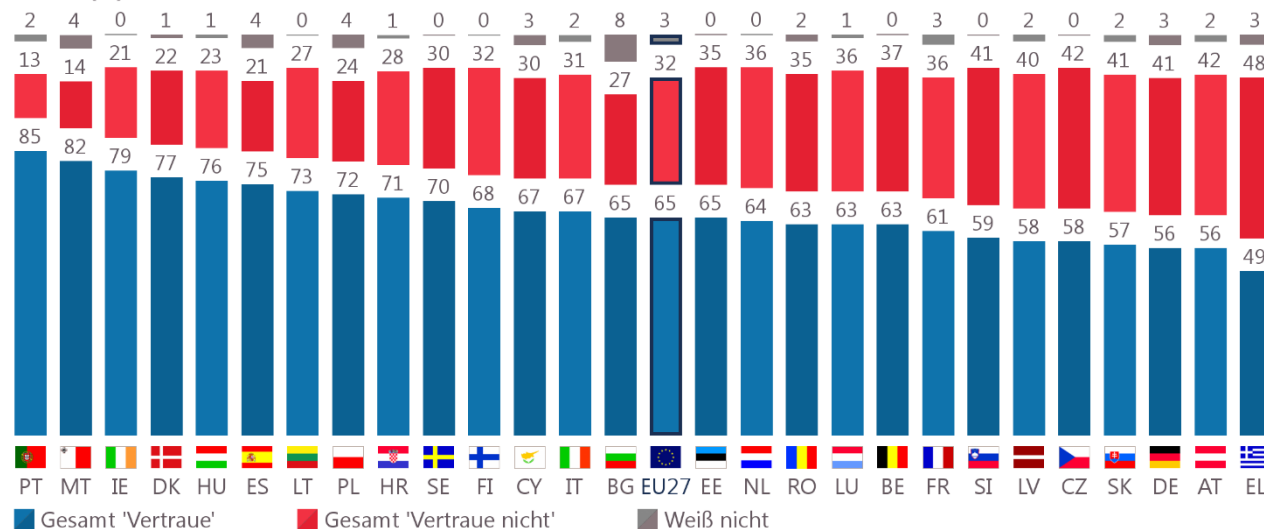
Das Vertrauen, dass die EU in ihrer Reaktion auf die Coronavirus-Pandemie künftig die richtigen Entscheidungen treffen wird, ist im Vergleich zum Winter 2020/2021 in 21 Ländern gestiegen. Am stärksten ist dies der Fall in Luxemburg (63%, +11), Tschechien (58%, +11), Frankreich (61%, +10) und Österreich (56%, +10). In fünf Ländern ist das Vertrauen leicht geschrumpft, am deutlichsten in Portugal (85%, -4) und den Niederlanden (64%, -4). Die Meinung der Befragten in Kroatien ist in diesem Punkt unverändert.

QA15 Wenn Sie an die Reaktion der EU auf die Coronavirus-Pandemie denken, inwieweit vertrauen Sie der EU oder nicht, künftig die richtigen Entscheidungen zu treffen?
(% - EU)



(Frühjahr 2021 - Winter 2020/2021)

QA15 Wenn Sie an die Reaktion der EU auf die Coronavirus-Pandemie denken, inwieweit vertrauen Sie der EU oder nicht, künftig die richtigen Entscheidungen zu treffen?
(%)

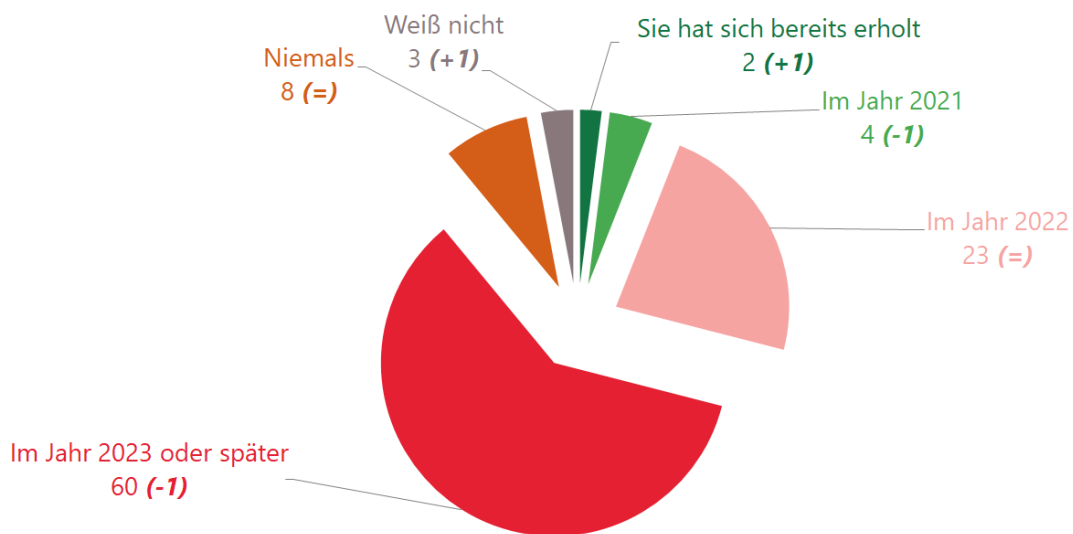


3. Wirtschaftliche Folgen: Trend und nationale Ergebnisse

Sechs von zehn Europäern sind der Meinung, dass sich die Wirtschaft ihres Landes 2023 oder später von den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie erholen wird (60%, -1 Prozentpunkt seit Winter 2020/21). Mehr als jeder fünfte Befragte ist der Ansicht, dass die Erholung 2022 (23%, =) erfolgen wird, und 4% (-1) meinen, dass dies im Verlauf des Jahres 2021 der Fall sein wird. Beinahe jeder zehnte Befragte meint, dass sich die Wirtschaft ihres Landes niemals von den Auswirkungen der Pandemie erholen wird (8%, =). Im Gegensatz dazu sind 2% (+1) der Meinung, dass sich die Wirtschaft bereits erholt hat. Insgesamt 3% (+1) beantworten die Frage mit „weiß nicht“. Die diesbezüglichen Erwartungen decken sich weitgehend mit denen, die in der Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Winter 2020/21 (EB94) beobachtet wurden.

QA17 Wann wird sich die Wirtschaft (UNSERES LANDES) Ihrer Meinung nach von den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie erholen?

(% - EU)



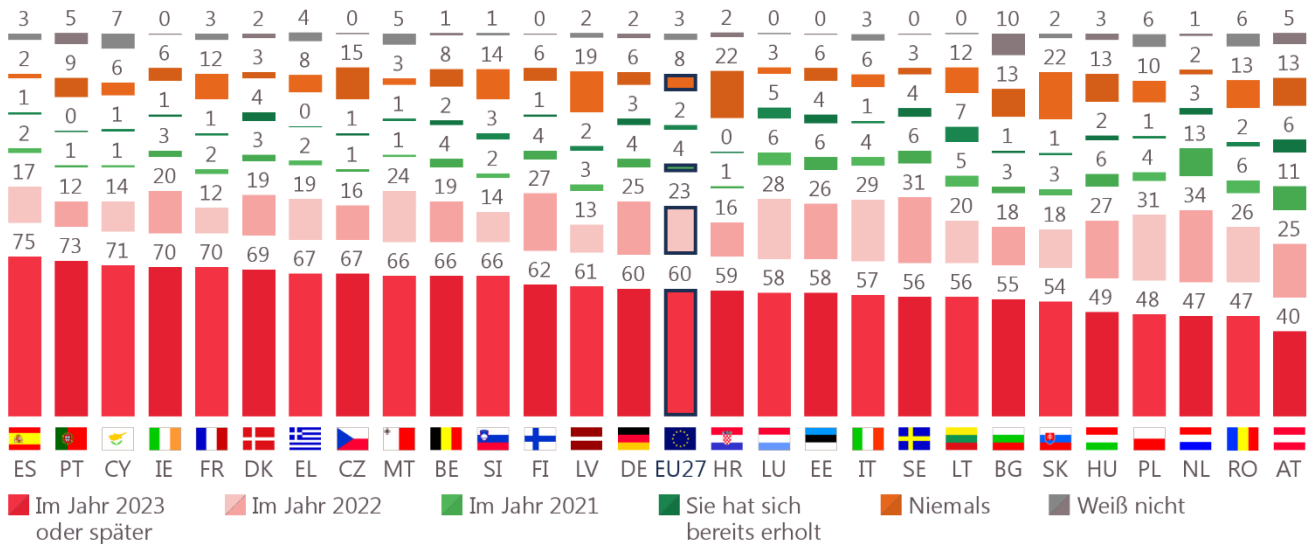
(Frühjahr 2021 - Winter 2020/21)

Standard-Eurobarometer 95
Frühjahr 2021

In allen EU-Mitgliedstaaten ist eine Mehrheit der Befragten der Meinung, dass sich die Wirtschaft ihres Landes „im Jahr 2023 oder später“ erholen wird, wobei sich die jeweiligen Anteile zwischen 75% in Spanien und 40% in Österreich bewegen. Mindestens drei von zehn Befragten in den Niederlanden (34%), Schweden und Polen (jeweils 31%) erwarten, dass die Erholung im Jahr 2022 stattfinden wird. Darüber hinaus geht etwas mehr als jeder zehnte Befragte in den Niederlanden (13%) und in Österreich (11%) davon aus, dass sich ihre Wirtschaft im Jahr 2021 erholen wird. Litauen (7%) und Österreich (6%) sind die einzigen Ländern, in denen mehr als jeder Zwanzigste der Meinung ist, dass sich ihre nationale Wirtschaft bereits erholt hat.

Im Gegensatz dazu gibt in 12 Ländern mindestens jeder zehnte Befragte an, dass sich die Wirtschaft ihres Landes niemals von den Auswirkungen der Pandemie erholen wird: Slowakei, Kroatien (jeweils 22%), Lettland (19%), Tschechien (15%), Slowenien (14%), Ungarn, Rumänien, Österreich, Bulgarien (jeweils 13%), Litauen, Frankreich (jeweils 12%) und Polen (10%).

QA17 Wann wird sich die Wirtschaft (UNSERES LANDES) Ihrer Meinung nach von den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie erholen?
(%)



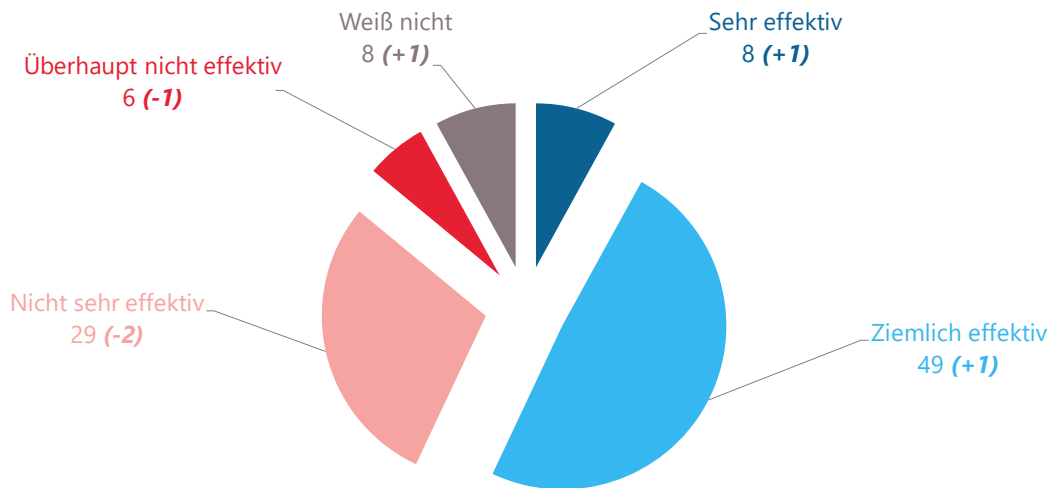
4. Der EU-Aufbauplan „NextGenerationEU“: nationale Ergebnisse

Eine Mehrheit der Europäer ist der Meinung, dass der EU-Aufbauplan „NextGenerationEU“ in Höhe von 750 Milliarden Euro eine effektive Maßnahme sein wird, um auf die wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Pandemie zu reagieren (57%, +2 Prozentpunkte seit Winter 2020/2021). Etwas mehr als ein Drittel glaubt nicht, dass dieser effektiv sein wird (35%, -3), und 8% (+1) antworten mit „weiß nicht“.

Eine Mehrheit der Befragten in 25 EU-Ländern meint, dass NextGenerationEU eine effektive Maßnahme sein wird (Anstieg gegenüber 24 im Winter 2020/2021), wobei die höchsten Anteile auf Malta (85%), in Irland (75%) und Polen (73%) zu verzeichnen sind. Im Gegensatz dazu glaubt eine Mehrheit der Befragten in Finnland (58%) und Lettland (51%), dass dieser Plan nicht effektiv sein wird.

QA18 Die EU hat einen Aufbauplan in Höhe von 750 Milliarden Euro zur Unterstützung der Wirtschaft durch Finanzhilfen und Darlehen („NextGenerationEU“) entwickelt. Wie effektiv oder nicht ist diese Maßnahme Ihrer Meinung nach, um auf die wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Pandemie zu reagieren?

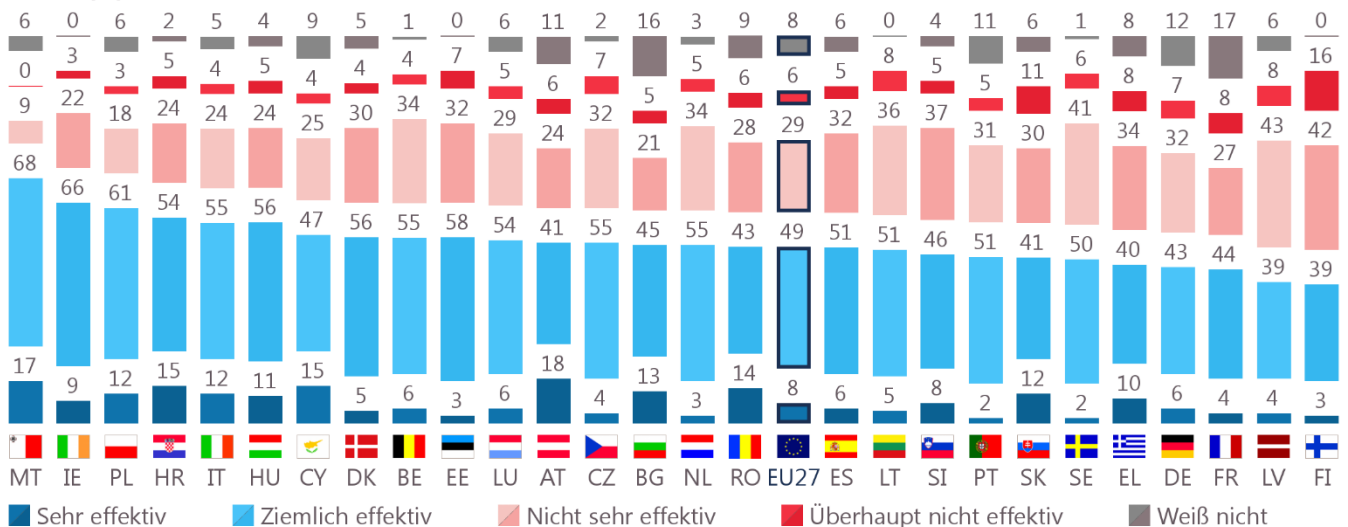
(% - EU)



(Frühjahr 2021 - Winter 2020/2021)

QA18 Die EU hat einen Aufbauplan in Höhe von 750 Milliarden Euro zur Unterstützung der Wirtschaft durch Finanzhilfen und Darlehen („NextGenerationEU“) entwickelt. Wie effektiv oder nicht ist diese Maßnahme Ihrer Meinung nach, um auf die wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Pandemie zu reagieren?

(%)

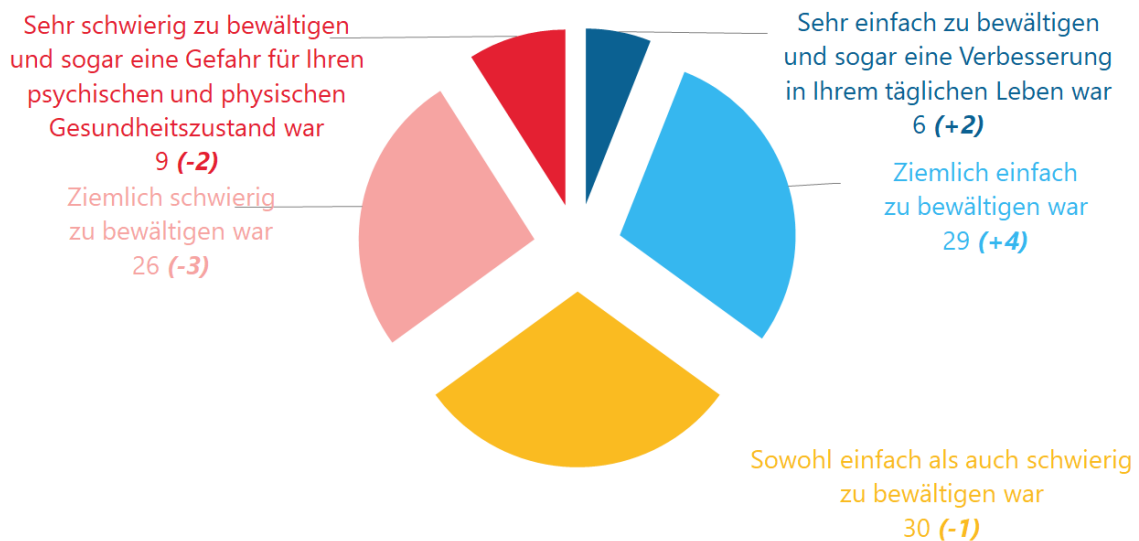


5. Persönliche Erfahrungen mit der Coronavirus-Pandemie: Trend und nationale Ergebnisse

Die Fähigkeit der Europäer, mit den verschiedenen einschränkenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie umzugehen, hat sich gegenüber dem Winter 2020/2021 etwas verbessert. Dennoch sind die Europäer in diesem Punkt insgesamt geteilter Meinung. Aktuell gibt etwas mehr als ein Drittel der Befragten an, dass die Maßnahmen eine einfach zu bewältigende Erfahrung waren (35%, +6 Prozentpunkte). Gleichzeitig gibt ein genauso großer Anteil an Befragten an, dass diese Erfahrung für sie schwierig zu bewältigen war (35%, -5). Drei von zehn Befragten sagen, dass diese Erfahrung sowohl einfach als auch schwierig zu bewältigen war“ (30%, -1).

Eine genauere Betrachtung zeigt, dass 6% angeben, dass diese Erfahrung „einfach zu bewältigen und sogar eine Verbesserung in [ihrem] täglichen Leben“ war (+2 Prozentpunkte), während 29% sagen, dass diese Erfahrung „ziemlich einfach zu bewältigen war“ (+4). Bei den Befragten, die Schwierigkeiten bei der Bewältigung dieser Erfahrung hatten, geben 26% an, dass dies „ziemlich schwierig zu bewältigen war“ (-3), und 9% sagen, dass dies „sehr schwierig zu bewältigen und sogar eine Gefahr für [ihren] psychischen und physischen Gesundheitszustand war“ (-2).

QA20 Wenn Sie an die Maßnahmen denken, die zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie ergriffen wurden, insbesondere die Ausgangsbeschränkungen, würden Sie sagen, dass dies eine einfach oder eine schwierig zu bewältigende Erfahrung war? Eine Erfahrung, die ...
(% - EU)



(Frühjahr 2021 - Winter 2020/2021)

Standard-Eurobarometer 95
Frühjahr 2021

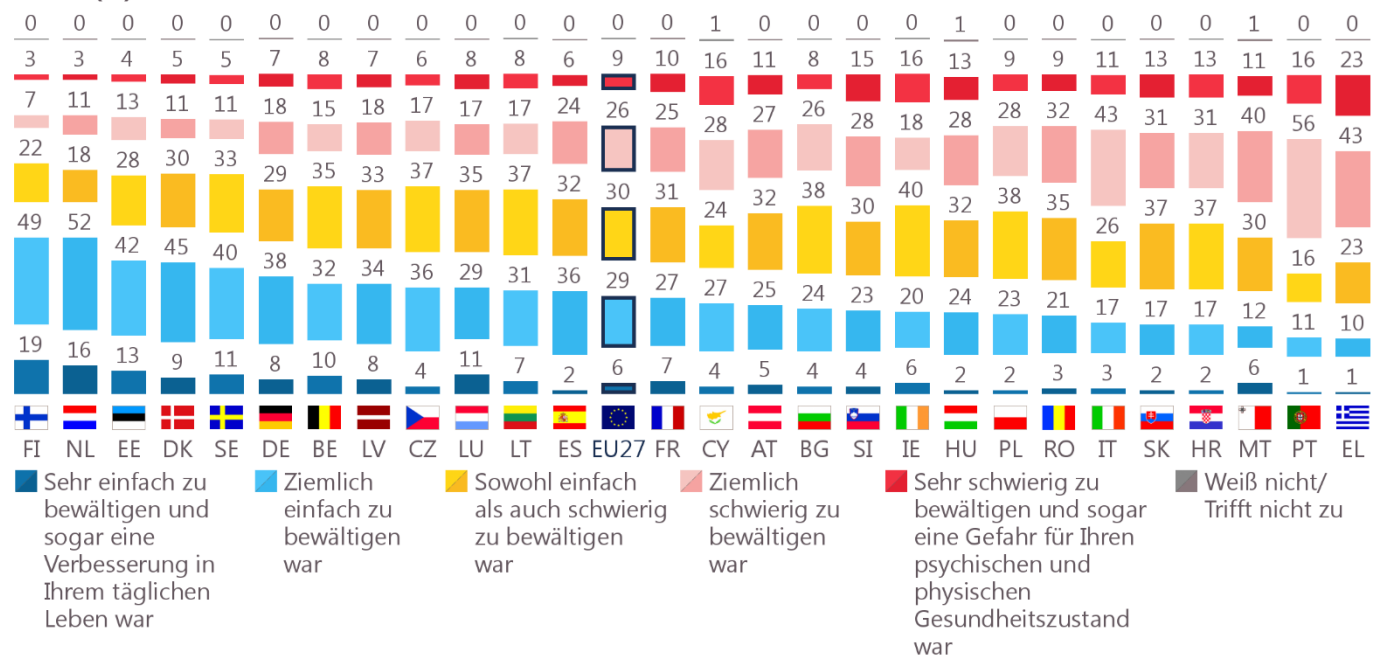
Eine Mehrheit der Befragten in 12 Mitgliedstaaten ist nach eigenen Angaben der Ansicht, dass die zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie ergriffenen Maßnahmen eine ziemlich oder sehr einfach zu bewältigende Erfahrung waren (Anstieg gegenüber 10 Ländern im Winter 2020/2021). Am weitesten verbreitet ist diese Ansicht in Finnland (68%, einschließlich 19%, die sagen, dass es „sehr einfach zu bewältigen und sogar eine Verbesserung in ihrem täglichen Leben war“), den Niederlanden (68%) und Estland (55%). In insgesamt sechs Ländern gibt mindestens jeder zehnte Befragte an, dass es „sehr einfach zu bewältigen und sogar eine Verbesserung in [ihrem] Leben war“: Finnland (19%), Niederlande (16%), Estland (13%), Schweden, Luxemburg (jeweils 11%) und Belgien (10%).

Umgekehrt gibt eine Mehrheit der Befragten in ebenfalls 12 Ländern (Rückgang gegenüber 17 im Winter 2020/2021) an, dass dies eine ziemlich oder sehr schwierig zu bewältigende Erfahrung gewesen ist. Die höchsten Anteile an Befragten, die dies so empfinden, sind in Portugal (72%), Griechenland (66%, einschließlich 23%, die sagen, dass dies „sehr schwierig zu bewältigen und sogar eine Gefahr für [ihren] psychischen und physischen Gesundheitszustand war“) und auf Malta (51%) zu beobachten. In insgesamt 12 Ländern gibt mindestens jeder zehnte Befragte an, dass es „sehr schwierig zu bewältigen und sogar eine Gefahr für [ihren] psychischen und physischen Gesundheitszustand war“.

In Irland (40%), Polen und Bulgarien (jeweils 38%) ist der Anteil an Befragten, die „sowohl einfach als auch schwierig zu bewältigen“ antworten, höher als der jeweilige Gesamtanteil derjenigen, die „einfach“ und die „schwierig“ antworten.

Im Vergleich zur Umfrage vom Winter 2020/2021 ist der Anteil an Befragten, die die einschränkenden Maßnahmen als einfach zu bewältigende Erfahrung beschreiben, in 21 Ländern gestiegen, am stärksten in Dänemark (54%, +15 Prozentpunkte), Luxemburg (40% +13) und Schweden (51%, +10). Im Gegensatz dazu geben die Befragten in Ungarn (26%, -6), Griechenland (11%, -6), auf Malta (18%, -5) und in Rumänien (24%, -2) aktuell seltener an, dass diese Erfahrung für sie einfach zu bewältigen war. In Estland (55%) und Slowenien (27%) sind die Anteile unverändert.

QA20 Wenn Sie an die Maßnahmen denken, die zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie ergriffen wurden, insbesondere die Ausgangsbeschränkungen, würden Sie sagen, dass dies eine einfach oder eine schwierig zu bewältigende Erfahrung war? Eine Erfahrung, die ...
(%)

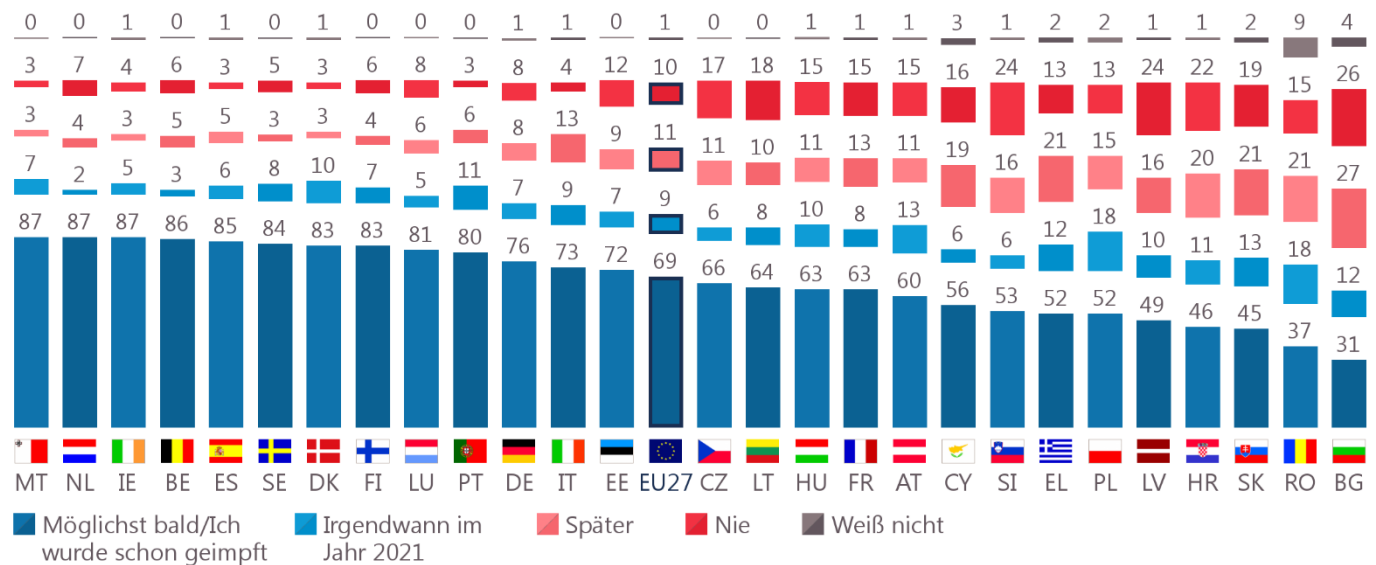


6. Interesse an einer Impfung gegen COVID-19: nationale Ergebnisse

Beinahe sieben von zehn Europäern möchten sich möglichst bald gegen COVID-19 impfen lassen oder waren zum Zeitpunkt der Befragung bereits geimpft (69%). Darüber hinaus würden sich 9% gerne irgendwann im Jahr 2021 impfen lassen. Insgesamt 11% möchten sich später impfen lassen und 10% sagen, dass sie sich nie impfen lassen würden. Außerdem beantwortet 1% die Frage mit „weiß nicht“.

Eine Mehrheit der Befragten in 22 Ländern gibt an, möglichst bald geimpft werden zu möchten oder bereits geimpft worden zu sein. Die höchsten diesbezüglichen Anteile sind auf Malta, in den Niederlanden, Irland (jeweils 87%), Belgien (86%), Spanien (85%), Schweden (84%) und Dänemark (83%) zu verzeichnen. Am anderen Ende der Skala stehen vier Länder, in denen sich rund ein Viertel der Befragten nach eigenen Angaben „nie“ impfen lassen würde: Bulgarien (26%), Lettland, Slowenien (jeweils 24%) und Kroatien (22%).

QA21 Wann würden Sie gerne gegen COVID-19 (das Coronavirus) geimpft werden?
(%)



SCHLUSSFOLGERUNG



Die vorliegende Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2021 offenbart eine **optimistischere Stimmung unter den Europäern, insbesondere in Bezug auf die EU und deren Zukunft**. Fast die Hälfte der Europäer – genauso viele wie im Winter 2020/2021 – vertraut der EU. Damit bleibt das Vertrauen in die EU weiterhin auf dem höchsten Stand seit 2008. Darüber hinaus ist das Vertrauen in die EU nach wie vor größer als das Vertrauen in die nationalen Regierungen oder Parlamente. **Die EU ruft bei vielen weiterhin ein positives Bild hervor (45%)**. Was den **Optimismus bezüglich der Zukunft der EU betrifft, so ist dieser auf dem höchsten Stand seit Herbst 2009**. **Nach einem deutlichen Anstieg von sechs Prozentpunkten blicken aktuell zwei Drittel der EU-Bürger positiv in die Zukunft der Europäischen Union**. Die positive Grundstimmung zeigt sich auch in der seit Winter 2020/2021 unverändert hohen Befürwortung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als gemeinsame Währung. Damit bleibt die Befürwortung auf dem höchsten bisher gemessenen Stand, und zwar sowohl innerhalb des Euroraums als auch in der EU als Ganzes.

Nach eigenen Angaben fühlen sich mehr als sieben von zehn Europäern als Bürger der EU. Obwohl dieses Gefühl in allen Mitgliedstaaten von einer Mehrheit der Befragten geteilt wird, ist diesbezüglich in 20 Ländern ein Rückgang gegenüber der Umfrage vom Winter 2020/2021 zu verzeichnen.

Die positive Stimmung wirkt sich auch auf die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage aus: Das Gefühl, dass die **gegenwärtige Lage der nationalen Wirtschaft „gut“ ist, ist im Vergleich zum Winter 2020/2021 deutlich gestiegen und auf dem höchsten Stand seit Beginn der Pandemie**. Vier von zehn Befragten beurteilen die Lage ihrer nationalen Wirtschaft als gut. Gleichwohl beurteilt die Mehrheit – beinahe sechs von zehn Befragten – die Lage der nationalen Wirtschaft weiterhin als schlecht.

Die Hauptsorgen der Europäer haben sich seit Winter 2020/2021 drastisch verändert. Das Thema Gesundheit ist nach einem deutlichen Anstieg zwischen Sommer 2020 und Winter 2020/2021 in der Rangfolge der dringlichsten Sorgen von Platz eins auf Platz vier gefallen, wo es derzeit gemeinsam mit der Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten rangiert. **Die wirtschaftliche Lage wird aktuell als das wichtigste Problem angesehen, dem die EU derzeit gegenübersteht**, gefolgt von Umwelt und Klimawandel sowie Einwanderung, die gemeinsam auf Platz zwei liegen. **Auf nationaler Ebene wird das Thema Gesundheit von den Europäern jedoch nach wie vor als das wichtigste Problem angesehen, dem ihr Land gegenübersteht, und das trotz eines deutlichen Rückgangs um 16 Prozentpunkte**. Aktuell nennen dies beinahe drei von zehn Europäern, dicht gefolgt von der wirtschaftlichen Lage, die von etwas mehr als einem Viertel angeführt wird. Auf Platz drei und mit deutlich mehr Nennungen als im Winter 2020/2021 stehen steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten.

Im Vergleich zum Winter 2020/2021 hat sich die **Zufriedenheit der Bürger mit den Maßnahmen, die von der Europäischen Union und ihrer nationalen Regierung ergriffen wurden, um die Coronavirus-Pandemie zu bekämpfen**, deutlich verbessert. Etwas mehr als die Hälfte ist nach eigenen Angaben aktuell mit den von der EU oder ihrer nationalen Regierung ergriffenen Maßnahmen zufrieden. Darüber hinaus ist auch das Vertrauen in die EU gestiegen, dass diese als Reaktion auf die Coronavirus-Pandemie künftig die richtigen Entscheidungen trifft. Diese Ansicht wird derzeit im EU-Durchschnitt von zwei Drittel der EU-Bürger und in jedem Mitgliedstaat von der Mehrheit der Befragten geteilt.

Sechs von zehn Europäern erwarten, dass sich die Wirtschaft ihres Landes **im Jahr 2023 oder später von den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie erholen wird**. Dies deckt sich mit dem Ergebnis vom Winter 2020/2021.

Beinahe sechs von zehn Europäern sind der Meinung, dass der EU-Aufbauplan „NextGenerationEU“ mit einem Volumen von 750 Milliarden Euro effektiv sein wird.

Die Europäer haben bei der Bewältigung der zur Bekämpfung des Coronavirus ergriffenen Maßnahmen unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Allerdings ist diesbezüglich ein leicht positiver Trend seit Winter 2020/2021 zu erkennen. Aktuell geben etwas mehr als drei von zehn Europäern an, dass dies eine einfach zu bewältigende Erfahrung für sie war. Ein genauso hoher Anteil gibt indes an, dass dies eine schwierige Erfahrung für sie war, während drei von zehn sagen, dass dies sowohl einfach als auch schwierig zu bewältigen war.

Nahezu sieben von zehn Europäern würden sich möglichst bald gegen COVID-19 impfen lassen oder waren zum Zeitpunkt der Befragung bereits geimpft. Insgesamt 9% möchten sich irgendwann im Jahr 2021 impfen lassen, 11% zu einem „späteren“ Zeitpunkt und 10% sagen, dass sie sich „nie“ impfen lassen werden.

Technische Spezifikationen

Kantar hat zwischen dem 14. Juni und dem 15. Juli 2021 für Kantar Belgium die Eurobarometer-Umfragewelle 95.3 im Auftrag der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation, Referat „Medienspiegel und Eurobarometer“, durchgeführt.

Die Umfragewelle 95.3 umfasst auch das Standard-Eurobarometer 95 und deckt die Personen in der EU-Bevölkerung ab, die über die Nationalität eines EU-Mitgliedstaates verfügen, in einem der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihren Wohnsitz haben und mindestens 15 Jahre alt sind.

Einige Fragen wurden auch in 12 anderen Ländern oder Gebieten gestellt. Dies sind: Albanien, Bosnien und Herzegowina, die türkisch-zyprische Gemeinschaft in dem Teil des Landes, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird, Island, Kosovo²⁰, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, Serbien, Schweiz, Türkei und das Vereinigte Königreich.

In diesen Ländern und Gebieten wurden die einheimische Bevölkerung sowie die Bürger aller EU-Mitgliedstaaten befragt, die ihren Wohnsitz in diesen Ländern oder Gebieten haben und eine der Landessprachen ausreichend beherrschen, um den Fragebogen zu beantworten.

Das grundlegende Stichprobendesign, das in allen Ländern und Gebieten angewandt wurde, basiert auf einem mehrstufigen Zufallsprinzip (Wahrscheinlichkeit). In jedem Land wurden jeweils mit einer zur Bevölkerungszahl (um das gesamte Land abzudecken) und Bevölkerungsdichte proportionalen Wahrscheinlichkeit mehrere Erhebungspunkte durch Ziehung ermittelt.

Dafür wurden die Erhebungspunkte systematisch aus den einzelnen „regionalen Verwaltungseinheiten“ gezogen, nachdem diese zuvor nach Einzeleinheit und Regionstypen geschichtet worden waren. Sie repräsentieren so das Gesamtgebiet der an der Studie teilnehmenden Länder nach EUROSTAT-NUTS II (oder Entsprechung) und nach der Verteilung der jeweiligen nationalen Wohnbevölkerung in Bezug auf großstädtische Ballungszentren sowie städtische und ländliche Gebiete.

Für jeden der Erhebungspunkte wurde nach dem Zufallsprinzip eine Ausgangsadresse gezogen. Die weiteren Adressen (jede n-te Adresse) wurden daraufhin ausgehend von der Ausgangsadresse nach einem Random-Route-Verfahren ausgewählt. In jedem Haushalt wurde dann der Befragte nach einem Zufallsprinzip bestimmt (nach der Regel des „zeitlich am nächsten liegenden Geburtstags“). Sollte der Interviewer im Haushalt niemanden angetroffen haben oder war der ausgewählte Befragte nicht verfügbar (nicht anwesend oder zu beschäftigt), suchte der Interviewer den Haushalt bis zu drei weitere Male auf (vier Kontaktaufnahmen insgesamt). Die Interviewer geben eingangs niemals an, dass die Befragung im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführt wird. Diese Information kann bei Nachfrage nach Beendigung der Befragung herausgegeben werden.

Die Rekrutierungsphase in den Niederlanden verlief etwas anders. In diesem Land wurden innerhalb der jeweiligen Gebiete der Erhebungspunkte (1 km²-Raster) Adress-Stichproben aus dem

Adress- oder Bevölkerungsverzeichnis gezogen. Die ausgewählten Adressen wurden zufällig ermittelt. Anschließend wurden die Haushalte telefonisch kontaktiert und für die Umfrageteilnahme rekrutiert.

²⁰ Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244/99 des VN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo.

**Standard-Eurobarometer 95
Frühjahr 2021**

	LÄNDER	INSTITUT	ZAHL DER INTERVIEWS	FELDZEIT		BEVÖLKERUNG 15+	ANTEIL EU27
BE	Belgien	Kantar Belgium	1.007	16/06/2021	05/07/2021	9.188.369	2,45%
BG	Bulgarien	Kantar TNS BBSS	1.032	15/06/2021	02/07/2021	5.995.194	1,60%
CZ	Tschechien	Kantar CZ	1.087	15/06/2021	12/07/2021	8.956.740	2,39%
DK	Dänemark	Kantar Gallup	1.008	15/06/2021	08/07/2021	4.848.611	1,29%
DE	Deutschland	Kantar Deutschland	1.535	15/06/2021	08/07/2021	71.728.398	19,10%
EE	Estland	Kantar Emor	1.021	16/06/2021	06/07/2021	1.073.224	0,29%
IE	Irland	Kantar Belgium	1.017	18/06/2021	06/07/2021	3.896.482	1,04%
EL	Griechenland	Kantar Greece	1.015	15/06/2021	11/07/2021	9.187.524	2,45%
ES	Spanien	TNS Investigación de Mercados y Opinión	1.006	14/06/2021	08/07/2021	40.006.943	10,65%
FR	Frankreich	Kantar Public France	1.003	14/06/2021	30/06/2021	52.732.499	14,04%
HR	Kroatien	Hendal	1.023	14/06/2021	11/07/2021	3.488.460	0,93%
IT	Italien	Kantar Italia	1.026	14/06/2021	05/07/2021	52.397.331	13,95%
CY	Republik Zypern	CYMAR Market Research	505	14/06/2021	05/07/2021	734.695	0,20%
LV	Lettland	Kantar TNS Latvia	1.045	14/06/2021	05/07/2021	1.568.124	0,42%
LT	Litauen	TNS LT	1.000	15/06/2021	09/07/2021	2.300.257	0,61%
LU	Luxemburg	Kantar Belgium	514	15/06/2021	09/07/2021	503.275	0,13%
HU	Ungarn	Kantar Hoffmann	1.021	15/06/2021	28/06/2021	8.351.017	2,22%
MT	Malta	MISCO International	502	17/06/2021	12/07/2021	426.055	0,11%
NL	Niederlande	Kantar Netherlands	1.033	14/06/2021	10/07/2021	14.165.638	3,77%
AT	Österreich	Das Österreichische Gallup Institut	1.004	14/06/2021	04/07/2021	7.580.083	2,02%
PL	Polen	Kantar Polska	1.017	15/06/2021	10/07/2021	32.139.021	8,56%
PT	Portugal	Marktest – Marketing, Organização e Formação	1.000	15/06/2021	09/07/2021	8.869.051	2,36%
RO	Rumänien	Centrul Pentru Studiarea Opiniei si Pietei (CSOP)	1.048	15/06/2021	11/07/2021	16.372.216	4,36%
SI	Slowenien	Mediana DOO	1.027	14/06/2021	08/07/2021	1.767.202	0,47%
SK	Slowakei	Kantar Czechia	1.011	15/06/2021	10/07/2021	4.592.379	1,22%
FI	Finnland	Kantar TNS Oy	1.001	15/06/2021	12/07/2021	4.488.064	1,20%
SE	Schweden	Kantar Sifo	1.015	15/06/2021	08/07/2021	8.149.850	2,17%
GESAMT EU27			26.523	14/06/2021	12/07/2021	375.506.702	100%*

* Es ist zu beachten, dass die in dieser Tabelle angegebene Gesamtprozentzahl durch Rundung 100% übersteigen kann.

** Die Rekrutierung der Umfrageteilnehmer in Irland wurde von Ronin International durchgeführt.

AL	Albanien	Index Kosovo	1.012	15/06/2021	08/07/2021	2.344.814	
BA	Bosnien-Herzegowina	Kantar TNS BBSS	1.002	15/06/2021	11/07/2021	2.987.440	
CY(Tcc)	Türkisch-zyprische Gemeinschaft	Lipa Consultancy	500	16/06/2021	15/07/2021	233.547	
IS	Island	Gallup Iceland	516	16/06/2021	09/07/2021	289.125	
XK	Gebiet des Kosovo	Index Kosovo	1.057	15/06/2021	07/07/2021	1.357.100	
ME	Montenegro	TMG Insights	509	15/06/2021	08/07/2021	510.415	
MK	Nordmazedonien	Kantar TNS BBSS	1.027	16/06/2021	06/07/2021	1.736.495	
NO	Norwegen	Kantar Norway	1.018	16/06/2021	28/06/2021	4.392.175	
RS	Serbien	TMG Insights	1.012	15/06/2021	04/07/2021	5.966.740	
CH	Schweiz	Demo SCOPE AG	1.027	16/06/2021	07/07/2021	7.259.209	
TR	Türkei	Kantar TNS Piar	1.002	16/06/2021	15/07/2021	62.644.678	
UK	Vereinigtes Königreich	Kantar UK Limited	1.020	16/06/2021	12/07/2021	53.082.345	
GESAMT			37.225	14/06/2021	15/07/2021	518.310.785	

Standard-Eurobarometer 95
Frühjahr 2021

LÄNDER	ZAHLE DER CAPI-INTERVIEWS	ZAHLE DER CAWI-INTERVIEWS	GESAMTZAHL DER INTERVIEWS	
BE	Belgien	0	1.007	1.007
BG	Bulgarien	1.032	0	1.032
CZ	Tschechien	578	509	1.087
DK	Dänemark	510	498	1.008
DE	Deutschland	1.535	0	1.535
EE	Estland	0	1.021	1.021
IE	Irland	0	1.017	1.017
EL	Griechenland	1.015	0	1.015
ES	Spanien	1.006	0	1.006
FR	Frankreich	1.003	0	1.003
HR	Kroatien	1.023	0	1.023
IT	Italien	1.026	0	1.026
CY	Republik Zypern	505	0	505
LV	Lettland	327	718	1.045
LT	Litauen	0	1.000	1.000
LU	Luxemburg	253	261	514
HU	Ungarn	1.021	0	1.021
MT	Malta	360	142	502
NL	Niederlande	589	444	1.033
AT	Österreich	1.004	0	1.004
PL	Polen	1.017	0	1.017
PT	Portugal	1.000	0	1.000
RO	Rumänien	1.048	0	1.048
SI	Slowenien	851	176	1.027
SK	Slowakei	917	94	1.011
FI	Finnland	0	1.001	1.001
SE	Schweden	0	1015	1.015
GESAMT EU27		17.620	8.903	26.523
AL	Albanien	1.012	0	1.012
BA	Bosnien-Herzegowina	1.002	0	1.002
CY(Tcc)	Türkisch-zyprische Gemeinschaft	500	0	500
IS	Island	0	516	516
XK	Gebiet des Kosovo	1.057	0	1.057
ME	Montenegro	509	0	509
MK	Nordmazedonien	1.027	0	1.027
NO	Norwegen	0	1.018	1.018
RS	Serbien	1.012	0	1.012
CH	Schweiz	0	1.027	1.027
TR	Türkei	1.002	0	1.002
UK	Vereinigtes Königreich	0	1020	1.020
GESAMT		24.741	12.484	37.225

CAPI : Computer-Assisted Personal Interviewing
CAWI : Computer-Assisted Web Interviewing

Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf die Erhebung

■ Persönliche Interviews

Soweit dies möglich war, wurden alle Interviews persönlich bei den Befragten zu Hause oder vor ihrer Haustür und in der jeweiligen Landessprache durchgeführt. In allen Ländern und Gebieten, in denen persönliche Interviews möglich waren, wurde das CAPI-Verfahren (Computer Assisted Personal Interviewing) angewandt. Bei allen persönlichen Interviews wurden zur jeder Zeit die jeweils geltenden staatlichen Bestimmungen in Bezug auf Hygienemaßnahmen und Abstandhalten umgesetzt. Wo immer möglich, wurden die Interviews vor der Haustür geführt, um im Freien zu bleiben und Abstand zu wahren.

■ Persönliche und Online-Interviews

In Tschechien, Dänemark, Lettland, Luxemburg, auf Malta, in den Niederlanden, in der Slowakei und Slowenien waren persönliche Interviews möglich, allerdings gelang es aufgrund der Auswirkungen der COVID-19-Beschränkungen nicht, innerhalb des Befragungszeitraums die erforderliche Anzahl an Interviews zu führen. Viele potenzielle Umfrageteilnehmer hatten Bedenken, Interviewer in ihr Zuhause zu lassen, und zwar selbst dann, wenn diese die Abstands- und Hygieneregeln befolgten, wie z. B. das Tragen einer Maske und die Verwendung von

Handdesinfektionsmittel. Um die erforderliche Anzahl an Interviews innerhalb des Befragungszeitraums zu erreichen, wurden **zusätzlich Online-Interviews** mithilfe des CAWI-Verfahrens (Computer-Assisted Web Interviewing) durchgeführt.

■ Online-Interviews

In Belgien, Estland, Finnland, Island, Irland, Litauen, Norwegen, Schweden, der Schweiz und im Vereinigten Königreich waren persönliche Interviews gar nicht möglich. Deshalb wurden alle Interviews online mithilfe des CAWI-Verfahrens geführt.

Rekrutierung für Online-Interviews

■ In der EU

Das Online-Design war in jedem Land anders und abhängig davon, was innerhalb des Erhebungszeitraums möglich war. Wo möglich, basierte die Online-Stichprobe auf einem probabilistischen Stichprobendesign. Die Teilnehmer der Online-Befragung wurden mittels Zufalls-Telefonbefragung, dem sog. Random Digital Dialing (RDD) rekrutiert. Dabei wurde entweder der Single-Mobile-Frame-Ansatz (nur Mobilfunkstichprobe) oder der Dual-Frame-Ansatz (Mobilfunk- und Festnetzstichprobe) angewandt. Dadurch bestand in jedem Land für die gesamte Bevölkerung, die ein Telefon besitzt, eine Wahrscheinlichkeit von ungleich null, in die Stichprobe aufgenommen zu werden. Die Entscheidung, ob der Single-Mobile-Frame-Ansatz oder der Dual-Frame-Ansatz angewandt wurde, hing von der Festnetzdichte des jeweiligen Landes ab. In Ländern, in denen eine ausreichende Festnetzdichte vorhanden ist, um eine signifikante Minderheit der Haushalte mit Festnetzanschlüssen zu versorgen, wurde der Dual-Frame-Ansatz angewandt. Ziel des Stichprobenmix aus Mobilfunk- und Festnetzanschluss ist das Erreichen einer möglichst repräsentativen Stichprobe. Die Ziehung der RDD-Stichprobe erfolgte sowohl bei der Mobilfunk- als auch bei der Festnetzstichprobe aus dem nationalen Nummernplan. Die Festnetzstichprobe wurde nach NUTS3-Regionen auf Grundlage ihrer Vorwahl und die Mobilfunkstichprobe nach Mobilfunkbetreiber geschichtet. Anschließend wurde eine systematische Zufallsstichprobe von Nummern generiert, deren Größe proportional zur Gesamtzahl der generierbaren Nummern in jeder Schicht ist. Die Rekrutierung der Befragten in **Belgien, Tschechien, Estland, Irland, Lettland, Litauen, Luxemburg, auf Malta, in der Slowakei und in Slowenien** erfolgte mittels dieses Stichprobendesigns.

In **Finnland, Dänemark und Schweden** wurden die Stichproben nicht mittels RDD gezogen, sondern aus dem jeweiligen nationalen Telefonnummernverzeichnis. In den Telefonnummernverzeichnissen dieser drei Länder werden Telefonbesitzer umfassend erfasst und sind sowohl mit ihrer Festnetz- als auch mit ihrer Mobiltelefonnummer aufgeführt.

In **den Niederlanden** wurde ein eigenes Panel namens „Nipobase“ für die Ziehung einer Zufallsstichprobe verwendet. Dieses Panel verwendet neben Wahrscheinlichkeitsstichproben zur Rekrutierung von Teilnehmern nicht-probabilistische Stichprobenverfahren, um in Fällen, in denen die Wahrscheinlichkeitsstichprobe bestimmte Gruppen nicht ausreichend repräsentiert, wie z. B. jüngere Altersgruppen, die Repräsentativität zu erhöhen. Nipobase verwendet eine Mischung

**Standard-Eurobarometer 95
Frühjahr 2021**

aus Offline- und Online-Verfahren. Bei den Offline-Verfahren werden in der Regel RDD-Stichproben gezogen, wohingegen die Rekrutierung bei den Online-Verfahren über gezielt ausgewählte Websites und Social-Media-Plattformen erfolgt.

Standard-Eurobarometer 95 Frühjahr 2021

■ Außerhalb der EU:

Die Rekrutierung der Befragten im **Vereinigten Königreich** erfolgte entweder über eine persönliche CAPI-Erhebung auf Grundlage einer geclusterten mehrstufigen Zufallsstichprobe von Adressen oder über eine per Post zugestellte Einladung zur Teilnahme an einer Online-Umfrage auf Grundlage einer nicht geclusterten Zufallsstichprobe von Adressen.

In **Norwegen** und **Island** wurden aus Wahrscheinlichkeitsstichproben geschichtete Zufallsstichproben gezogen. Die Rekrutierung erfolgte auf Grundlage einer Wahrscheinlichkeitsstichprobe mittels offline-basierter Erhebungsverfahren (telefonisch und postalisch).

In der **Schweiz** wurden die Stichproben nach dem Zufallsprinzip aus einer nicht-probabilistischen Stichprobe namens „Demoscope“ gezogen. Demoscope ist insofern eine pseudo-probabilistische Stichprobe, als dass der Frame für die Auswahl der Haushalte auf einer Wahrscheinlichkeitsstichprobe basiert. Die Rekrutierung erfolgte aufgrund der vorhandenen Festnetzdicke anhand des Schweizer Telefonverzeichnisses, in dem ausschließlich Festnetznummern verzeichnet sind. Die Auswahl der Panelteilnehmer unter den Haushaltsmitgliedern erfolgte hingegen nicht zufällig. Hierfür wurde Demoscope als Hauptquelle verwendet.

Es ist zu beachten, dass wir in Fällen, in denen die Rücklaufquoten nicht hoch genug waren, um innerhalb des Befragungszeitraums die angestrebte Stichprobengröße zu erreichen, die Wahrscheinlichkeitsstichproben (persönlich oder Phone-to-Web) durch nicht probabilistische Panels ergänzen mussten. Dies wurde als „letztes Mittel“ eingesetzt, wenn kein anderes probabilistisches Verfahren umsetzbar war. So wurde in **Litauen** die Stichprobe durch eine zufällig aus dem nicht-probabilistischen Stichprobenpanel Norstat gezogene Stichprobe ergänzt.

Rücklaufquoten

Für jedes Land wurde ein Vergleich der Stichprobe mit der Grundgesamtheit (d. h. mit der Gesamtbevölkerung des Landes) durchgeführt. Mittels Gewichtung nach Geschlecht, Alter, Region und Verstärkungsgrad wurde die Stichprobe an die Grundgesamtheit angepasst. Für europäische Schätzungen (d. h. EU-Durchschnittswerte) werden die jeweiligen Ländergewichte angepasst, d. h. nach oben oder unten gewichtet, damit die Bevölkerung über 15 Jahren in den jeweiligen Ländern als Prozentsatz der EU-Bevölkerung über 15 Jahren dargestellt werden kann.

Für die Berechnung der Rücklaufquoten wurde die Gesamtzahl der abgeschlossenen Interviews durch die Gesamtzahl aller aufgesuchten Adressen dividiert. Ausgeschlossen wurden alle nicht zulässigen Adressen, eingeschlossen jedoch jene, für die die Zulässigkeit unbekannt war. Für das Standard-Eurobarometer 95 hat Kantar folgende Rücklaufquoten für die EU27-Länder berechnet:

BE**	22,4%	LU*	19,4%
BG*	47,1%	LU**	55,6%
CZ*	43,6%	HU*	61,5%
CZ**	34,3%	MT*	82,2%
DK*	37,9%	MT**	28,3%
DK**	16,2%	NL*	60,2%
DE*	19,8%	NL**	43,9%
EE**	21,0%	AT*	42,8%
IE**	21,8%	PL*	46,1%
EL*	27,4%	PT*	38,9%
ES*	33,3%	RO*	61,2%
FR*	30,1%	SI*	53,4%
HR*	50,8%	SI**	31,9%
IT*	21,2%	SK*	67,8%
CY*	47,1%	SK**	16,1%
LV*	39,0%	FI*	30,0%
LV**	19,7%	SE*	39,9%
LT**	37,0%		

*CAPI : Computer-Assisted Personal interviewing

**CAWI : Computer-Assisted Web interviewing (ohne Einbeziehung der Rekrutierungsphase)

Standard-Eurobarometer 95 Frühjahr 2021

Fehlerspannen

Der Leser wird darauf hingewiesen, dass es sich bei den Ergebnissen einer Umfrage stets um Schätzungen handelt, deren Genauigkeit – bei sonst gleichen Voraussetzungen – von der Stichprobengröße und dem betrachteten Stichprobenanteil abhängig ist. Bei einer Stichprobengröße von ungefähr 1.000 Interviews schwanken die realen Prozentwerte innerhalb der folgenden Konfidenzintervalle:

Statistical Margins due to the sampling process
(at the 95% level of confidence)

various sample sizes are in rows *various observed results are in columns*

	5%	10%	15%	20%	25%	30%	35%	40%	45%	50%	
	95%	90%	85%	80%	75%	70%	65%	60%	55%	50%	
N=50	6.0	8.3	9.9	11.1	12.0	12.7	13.2	13.6	13.8	13.9	N=50
N=500	1.9	2.6	3.1	3.5	3.8	4.0	4.2	4.3	4.4	4.4	N=500
N=1000	1.4	1.9	2.2	2.5	2.7	2.8	3.0	3.0	3.1	3.1	N=1000
N=1500	1.1	1.5	1.8	2.0	2.2	2.3	2.4	2.5	2.5	2.5	N=1500
N=2000	1.0	1.3	1.6	1.8	1.9	2.0	2.1	2.1	2.2	2.2	N=2000
N=3000	0.8	1.1	1.3	1.4	1.5	1.6	1.7	1.8	1.8	1.8	N=3000
N=4000	0.7	0.9	1.1	1.2	1.3	1.4	1.5	1.5	1.5	1.5	N=4000
N=5000	0.6	0.8	1.0	1.1	1.2	1.3	1.3	1.4	1.4	1.4	N=5000
N=6000	0.6	0.8	0.9	1.0	1.1	1.2	1.2	1.2	1.3	1.3	N=6000
N=7000	0.5	0.7	0.8	0.9	1.0	1.1	1.1	1.1	1.2	1.2	N=7000
N=7500	0.5	0.7	0.8	0.9	1.0	1.0	1.1	1.1	1.1	1.1	N=7500
N=8000	0.5	0.7	0.8	0.9	0.9	1.0	1.0	1.1	1.1	1.1	N=8000
N=9000	0.5	0.6	0.7	0.8	0.9	0.9	1.0	1.0	1.0	1.0	N=9000
N=10000	0.4	0.6	0.7	0.8	0.8	0.9	0.9	1.0	1.0	1.0	N=10000
N=11000	0.4	0.6	0.7	0.7	0.8	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9	N=11000
N=12000	0.4	0.5	0.6	0.7	0.8	0.8	0.9	0.9	0.9	0.9	N=12000
N=13000	0.4	0.5	0.6	0.7	0.7	0.8	0.8	0.8	0.9	0.9	N=13000
N=14000	0.4	0.5	0.6	0.7	0.7	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8	N=14000
N=15000	0.3	0.5	0.6	0.6	0.7	0.7	0.8	0.8	0.8	0.8	N=15000
	5%	10%	15%	20%	25%	30%	35%	40%	45%	50%	
	95%	90%	85%	80%	75%	70%	65%	60%	55%	50%	

